

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Massenwahn

Die furchtbare Weltwirtschaftskrise hat eine Massenstimmung hervorgerufen, deren politische Nutznießer in Deutschland hauptsächlich die Nationalsozialisten geworden sind. Bei den letzten Wahlen sind die Nazis zur stärksten Partei aufgerückt. Diesem auffälligen Erfolg der Nazis stehen die meisten Menschen fassungslos gegenüber. Viele lassen sich von der Augenblicksstimmung mitreißen und sagen sich: Wenn jeder dritte Wähler naziotisch wählt, dann mußt du das auch machen. Es ist ein Massenwahn über die Menschen gekommen, der in der neueren Geschichte nur vergleichbar ist mit der Kriegsbegeisterung der Massen beim Ausbruch des großen Krieges im August 1914. Dieser Wahn verbrauchte, wie wir wissen, sehr bald, als der Krieg seine eigene Sprache zu sprechen anfing. Ein allgemeiner furchtbarer Katzenjammer war die Folge.

„So kann es nicht weitergehen!“ — „Schlechter kann es nicht werden!“ — „Es muß anders werden!“ So lautet der Refrain aller Gespräche in unserer Zeit. So schwätzen die Alten und die Jungen. So sagt die Frau im Kramladen und der Arbeiter in der Werkstatt, der Staatspensionär auf seinem Morgenspaziergang und der dicke Schlächtermeister am Stammtisch. So reden die, die Ursache haben, mit den heutigen Zuständen unzufrieden zu sein, so reden aber auch die, die ein sorgenfreies Einkommen zu verzehren haben. Es gehört einfach zum Bilde unserer Zeit, so zu sprechen. Wer anders spricht, gerät in den Verdacht, Sozialist zu sein.

Ein Sozialist? Ja, hat denn der sozialistische Arbeiter weniger Grund zu klagen? Trifft ihn nicht im gleichen Maße die ganze schreckliche Schwere der Arbeitslosigkeit, der ganze Jammer des unfreiwilligen Nichtstuns? Selbstverständlich, in genau gleichem Maße. Der aufgeklärte, klassenbewußte, das heißt sich seines gesellschaftlichen Wertes bewußte Arbeiter, der politisch und gewerkschaftlich organisiert ist, hat eine andere Einstellung zu den Problemen unserer Zeit. Er hat gelernt, daß es nicht darauf ankommt, sich bloß über die heutigen Zustände zu beklagen, in den allgemeinen Jammergesang einzustimmen, sondern daß es vielmehr darauf ankommt, die Verhältnisse zu ändern, das heißt zu bessern. Wer so denkt, spricht und handelt, muß im Grunde seines Herzens Optimist sein, also einer, der das Leben bejaht und an den allgemeinen Fortschritt glaubt.

Gegen Naturkatastrophen ist der Mensch im allgemeinen machtlos, im Kampfe mit den Elementen, mit den Widrigkeiten des alltäglichen Lebens aber, das hat ihn eine mehrtausendjährige Erfahrung gelehrt, kann er sich behaupten. Und er hat sich behauptet, denn wäre es anders, lebte er heute nicht mehr. Gegen Sturmfluten schützt sich der Küstenbewohner durch Deichanlagen, gegen Überschwemmungen schützt sich der Mensch durch Flußregulierungen, gegen Not und Ausbeutung schützt sich der kluge Arbeiter durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß, gegen die Machtgelüste der herrschenden Klasse durch Eroberung der politischen Machtpositionen. Dieser aktive Optimismus ist das eigentliche Lebenselement der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung, sie ist ohne ihn nicht denkbar.

Der Arbeiter, der in der Gedankenwelt der sozialistischen Arbeiterbewegung wurzelt, ist gegen Massenpsychosen der genannten Art gefeit. Er erkennt die tieferen Zusammenhänge unserer Gesellschaftsordnung, er empfindet das gegenwärtige Elend, die Not unserer Tage nicht bloß als individuelles Unglück, sondern weiß, daß das Schicksal des einzelnen vom Schicksal aller abhängig ist. Er weiß, wenn er für die allgemeine Hebung der sozialen Lage der Arbeiterschaft kämpft, er damit auch für sich selbst, für seine eigene Wohlfahrt kämpft. Gewerkschaften und Partei konnten diese Krise nur überstehen, weil diese Einsichten bei ihren Mitgliedern verbreitet sind.

Die wundergläubigen Nazioten, die ihr Heil in der vergotteten Gestalt ihres Osafs sehen, die nicht minder wundergläubigen Kommunisten, die in Rußland das gelobte Land zu sehen glauben, sie alle sind angekränkt von einem tiefen Pessimismus, der alles für so hoffnungslos schlecht hält, daß nur der allgemeine Umsturz Rettung bringen könne. In der Verzweiflung pflegt aber der Mensch die größten Torheiten zu machen, Torheiten, die er unter normalen Verhältnissen nie begehen würde. Ein gewaltsamer Umsturz in einem höchst komplizierten Mechanismus, wie ihn unsere moderne Gesellschaftsform darstellt, wäre aber gleichbedeutend mit Vernichtung. Ebenso verhängnisvoll wirkt sich der Pessimismus der anderen aus, der Pessimismus der eigentlichen Rückschrittler, die aus Angst, den komplizierten Mechanismus unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens zu stören, überhaupt keinen Versuch wagen, überhaupt nichts unternehmen, das brüchig gewordene Gefüge neu zu ersetzen, nach neu gewonnenen Einsichten umzugestalten.

Es besteht kein Zweifel, daß diese beiden Strömungen noch in unserer Zeit überwunden werden. Die ältere Generation, die in ihrem Denken noch in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges der Vorkriegszeit wurzelt,

ist von einer Weltuntergangsstimmung gepackt. Das jüngere Geschlecht sieht nur die Folgen und nicht die Ursachen der Krise. In dem Widersinn der Arbeitslosigkeit in einer Welt voller Bedürfnisse erkennt sie die Brüchigkeit unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Beide erkennen aber nicht, daß wir nicht am Rheuma des Greisenalters, wie ein bekannter Nationalökonom es einmal nannte, sondern an den Wachstumsschmerzen, an den Schwierigkeiten, eine Wirtschaftsperiode in die andere überzuführen, gegenwärtig leiden. Wir wären schlechte Sozialisten, wenn wir nicht glaubten, auch diese Zeit einmal zu überwinden.

J. M. Keynes, einer der berühmtesten Volkswirtschaftler, deutete an, wie die mögliche wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten hundert Jahren verlaufen wird. Er hält es für wissenschaftlich begründet, daß innerhalb der nächsten hundert Jahre das wirtschaftliche Problem für die Menschheit gelöst werden wird unter

der Voraussetzung, daß sich die Bevölkerungszunahme in mäßigen Grenzen bewege und daß keine großen Kriege den Entwicklungsprozeß stören. Nach Ablauf dieser Zeit wird der Durchschnittsmensch etwa achtmal besser gestellt sein als heute. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ließe sich überwinden. Es ließe sich wissenschaftlich durchaus rechtfertigen, nach hundert Jahren eine Dreistundenschicht oder 15 Arbeitsstunden die Woche für die Befriedigung aller Bedürfnisse des Menschen für ausreichend zu betrachten.

Angesichts des heutigen Massenelends und der nationalistischen Haßwelle, die durch alle Völker geht, angesichts ferner der Erfahrung, daß die Vernunft fast überall auf unserer kleinen großen Welt politisch so gut wie unwirksam ist, gehört ein starker Mut dazu, an die Möglichkeiten einer solchen Entwicklung zu glauben. Spricht nicht aber auch aus der Geschichte der gleiche Optimismus, daß die Menschheit Schritt für Schritt, langsam aber sicher über alle Hindernisse und Hemmungen hinweg vorschreitet? Vorwärts schreitet, trotz Rückwärtseri der ewig Gestrigen, trotz der stimmungs-mäßigen Schwarzmalerei der entfesselten Spießbürgerseele? Sie können den Fortschritt hemmen, hindern können sie ihn nicht. g. p.

So sind unsere „Wirtschaftsführer“

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat seine letzte Tagung dazu benutzt, um die „Angriffe“ zurückzuweisen, die auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongress gegen das Unternehmertum gerichtet wurden. Völlig haltlose Verdächtigungen seien gegen das industrielle Unternehmertum gerichtet worden, „die nur mit einer bewußten Aufrechterhaltung und Schürung des Klassenkampfgedankens zu erklären sind“. Der Reichsverband glaubt es namentlich zurückweisen zu müssen, daß die Industrie eine Inflation wünsche, um sich von den Schulden zu befreien. Auf derselben Tiefe stände der Versuch, „aus einzelnen Vorkommnissen allgemeine Verdächtigungen gegen die kaufmännische Ehrbarkeit des Unternehmertums abzuleiten“.

Wie man sieht, blasen sich unsere Industriellen dick auf. Sie geben sich einmal mehr als Ausbunte von Empfindlichkeit und Ehrlichkeit. Schade, daß der alte Stinnes und Ivar Krüger nicht mehr leben. Der eine hätte den ollen ehrlichen Industriellen gezeigt, wie er und seine Standesgenossen die Inflation zu schieben und zu nutzen verstehen. Und über die geschäftliche Ehrlichkeit hätte Ivar Krüger unseren Industriellen einige Lektionen geben können. Aber auch die Favag-Direktoren, die guten Pastoren vom Devaheim, Katzenellenbogen und viele, viele andere werden beschneiden, wie es mit der Ehrlichkeit unserer Unternehmer bestellt ist. Doch verlassen wir nun deren Ehrlichkeit und gehen wir zu ihrer Genialität über.

In einer Entschließung hat der Reichsverband der Deutschen Industrie ausgesprochen, daß eine möglichst weitgehende Förderung der deutschen Ausfuhr unter gleichzeitiger Stärkung des Binnenmarktes Platz greifen muß. Jene Förderung und diese Stärkung werden als Kernstück einer zukünftigen Wirtschafts-

politik bezeichnet. Da der Reichsverband unterlassen hat, näher zu sagen, wie er sich das denkt, müssen es wir selbst zu ergründen suchen.

Förderung der Ausfuhr verlangen die Industriellen — aber gleichzeitig bestehen sie auf hohen, höheren, höchsten Zoll, wollen also vom Ausland nichts hereinlassen, so daß das Ausland wohl oder übel sich gegen deutsche Waren durch Zollmauern schützt. Das ist, um nur eins der jüngsten Beispiele zu nennen, bei der Erhöhung des Butterzolls durch Deutschland geschehen. Solange die deutschen Industriellen dem Zollwahn frönen, bleibt ihre Forderung auf Förderung der Ausfuhr, milde gesagt, müßiges Gerede.

Stärkung des Binnenmarktes. Leider sagt der Reichsverband auch hier nicht, wie er sich das denkt. Folglich müssen wir uns seine bisherigen Taten ansehen. Bisher hat er alles getan, um den Binnenmarkt zu zerstören. Er hat durch Lohn- und Gehaltskürzungen die innere Kaufkraft millionenfach erschlagen. In aller nächster Zeit wird er beweisen, daß er noch ebenso tatkräftig die Vernichtung der Kaufkraft, die Zerstörung des Binnenmarktes betreibt. Wenn ihm eine weitere Quetschung des Lohnes gelungen ist, werden die Unternehmerzeitungen auf neue von einem Erfolg reden, und der Reichsverband wird eine neue Entschließung fassen, worin die — Stärkung des Binnenmarktes verlangt wird.

Wer da will, mag über diese Genialität unserer Industriellen fluchen. Zweck aber hat das nicht. Die „Wirtschaftsführer“ folgen wie die Hühner dem Kreidestrich. Den Rest der inneren Kaufkraft werden sie bald noch vernichtet haben. Wäre gelacht, bei solcher Genialität!

O diese böse Lohnüberhöhung!

Nach dem „Arbeitgeber“ (15. April) hat die Lohnüberhöhung wesentlich zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage beigetragen. Weiter soll die Lohnüberhöhung nach dem genannten Unternehmerblatt eine entsprechende Entwicklung des Außenhandels erschwert, den Absatzmarkt der deutschen Industrie verengert, zur Überhöhung des deutschen Zinsniveaus beigetragen, die Kapitalbildung verringert, der Produktionsgüterindustrie einen großen Teil der Kaufkraft entzogen, über erzwungene Rationalisierungsmaßnahmen Arbeitslosigkeit verursacht, die Geldknappheit vergrößert und zu Kapitalfehlleitungen geführt haben. O diese böse Lohnüberhöhung!

Nun hat aber die Regierung, wie bekannt sein dürfte, sich auf die Strümpfe gemacht und die Quelle all der Mißlichkeiten verstopft. Sie hat den Unternehmern durch Notverordnungen die böse Lohnüberhöhung vom Halse geschafft. Jetzt muß es doch nun, wo die Hauptursache des vielgestaltigen Mißstandes beseitigt ist, der „Wirtschaft“ besser gehen. Es muß jetzt eine entsprechende Entwicklung des Außenhandels eintreten, der Absatzmarkt der deutschen Industrie sich erweitern, das deutsche Zinsniveau herabsinken, der Deflationsdruck nachlassen, die Kapitalbildung um sich greifen, die Produktionsgüterindustrie den großen Teil der notwendigen „Kaufkraft“ (man lese Kaufkraft!) wiederbekommen, die Arbeitslosigkeit behoben werden, die Kapitalknappheit aufhören und Schluß mit den Kapitalfehlleitungen sein! Oder etwa nicht?

„Die Kapitalbildung verringert und der Produktionsgüterindustrie einen großen Teil der notwendigen Kaufkraft entzogen“, heißt es im „Arbeitgeber“. Durch die Lohnüberhöhung? Sehen wir zu: ein Streifzug durch einige Geschäftsberichte enthüllt etwas ganz anderes, wie überhaupt die Wirklichkeit dem Gejammer der Unternehmer direkt ins Gesicht schlägt. Vielleicht erinnert sich auch der „Arbeitgeber“ noch des Riesenschachtes auf den Zollvereins-schächten, der mit 20 Millionen Mark veranschlagt war und bei seiner Fertigstellung rund 68 Millionen M kostete. Durch ihn wurden über 1200 Arbeiter und Angestellte brotlos, die an Löhnen und Gehältern im Jahr nur 2,5 bis 3 Millionen M

erfordert hätten. Ist daran die „Lohnüberhöhung“ oder die „Wirtschaftsführung“ schuld?

Die IG Farben AG zahlte laut ihrer Geschäftsberichte im Jahre 1929 an Aufsichtsrat und Vorstand, bestehend aus 108 Personen, 3 197 391 M (1929 hatten wir 1 560 000 Arbeitslose). 1930 zahlte die IG Farben für 102 Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder 2 569 381 M und 1931 für 94 Personen 7 006 219 M (1930 waren 3 300 000 und 1931 rund 5 700 000 Menschen ohne Arbeit). Wieviel da auf das einzelne Aufsichtsratsmitglied kommt, kann sich jeder leicht selbst ausrechnen. Merkwürdig hoch erscheint die Summe für 1931 gegenüber den Zahlen der vorhergehenden Jahre. Das mag auf die Verpflichtung durch die Notverordnung vom 19. September 1931 zurückzuführen sein, nach § 260 a Ziff. 6 des HGB die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates in der Bilanz aufzuführen. Nach einer Mitteilung der IG Farbenindustrie im Juli 1931 wurde die Leistungsfähigkeit der Benzinanlage Merseburg-Leuna durch die Entdeckung neuer Katalysatoren ohne wesentliche Neuinvestitionen (!) von 100 000 Tonnen jährlich auf 350 000 Tonnen erhöht. Nach dem Enquetebericht erhöhte sich die jährliche Erzeugung synthetischen Stickstoffes von 12 000 auf 677 000 Tonnen. Das nennt man nun „Lohnüberhöhung“!

Die Akkumulatorenfabrik AG Berlin-Hagen zahlte 1931 für ihren rund 20 Personen umfassenden Aufsichtsrat 406 250 M, die Maschinenfabrik Eßlingen AG für 12 Personen 140 333 M. Die Gelsenkirchener Bergwerks-AG „entschädigte“ im Jahr der Krise 1930 ihre 54 Auf-

Aus dem Inhalt

	Seite
Massenwahn — So sind unsere Wirtschaftsführer — O diese böse Lohnüberhöhung	115
Tarifverträge nach dem 30. April — Die Unterstützung der Krisenopfer — Das Dinta sucht Subvention	116
Stahlbad Anno 17 — Das Recht des unehelichen Kindes	117
Die Erwerbslosenunterstützung des DMV — Vom Vorstand	118
Das Danzig-polnische Handgemenge — Erlebnisse auf der Walze	119
Zur Schutz von Betriebsgeheimnissen	120

Tarifverträge nach dem 30. April

Planmäßige Sabotage durch die Unternehmer

sichtsrats- und Vorstandsmitglieder mit 238 594 M, die „Bubiag“ aus 13 Personen 76 595 M, die Phönix AG für Bergbau und Hüttenbetriebe an 33 Personen im Jahre 1930 rund 153 750 M und 120 000 M im Jahre 1931. Die „Sarotti“ AG in Berlin warf 1931 für den aus 16 Personen bestehenden Aufsichtsrat und Vorstand 391 833 M aus, und an Soziallasten und Pensionen ganze 413 815 M. Siemens & Halske hat einen Aufsichtsrat von 23 Personen und zahlte an ihm im Jahre 1929/30 560 148 M und 1930/31 255 074 M.

Wenn sich auch die Bezüge dieser ach so einträglichen Einrichtungen des Privatkapitalismus hier und dort etwas ermäßigt haben, so langen sie doch hin, um vor der Stempelkarte zu bewahren. Man kann sich gegebenenfalls auch noch ein Automobilchen davon leisten und eine Reise nach St. Moritz. Die Kinderchen besuchen das von großen staatlichen Zuschüssen lebende Gymnasium oder die Universität — und wählen hernach Herrn Hitler und Goebbels — von wegen des verruchten „Systems“. Damit es der „Wirtschaft besser ergehe, der es miserabel geht durch die „Lohnüberhöhung“. Wir fragen vergebens, warum denn hier kein Kapital gebildet werde durch Streichung der Aufsichtsratsbezüge!

„Der Absatzmarkt der deutschen Industrie ist verengert“, schreibt der „Arbeitgeber“. Infolge der „Lohnüberhöhung“! Was sagte Sachverständiger Schulte vom Dampfkesselüberwachungsverein vor dem Enquete-ausschuß? „Bei der Eisenindustrie, der Eisenbahn und dem Kohlenbergbau, auf die vor dem Kriege 61 vH des deutschen Kohlenverbrauchs entfielen, dürfte die Ersparnis durch Verbesserung der Wärmetechnik insgesamt 6 bis 7 Millionen Tonnen Steinkohle jährlich ausmachen.“ Und dann wundert man sich, daß draußen die Halden vollliegen und der Kumpel stempeln geht — von wegen der „Lohnüberhöhung“! Der Sachverständige Dr. Rummel von der Warmestelle des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute sagt hierzu: „In der Eisenindustrie dürften in den letzten sechs Jahren an Energieverbrauch (Kohle, Koks, Gas, Strom, Dampf usw.) durch wärmewirtschaftliche Verbesserungen etwa 25 Millionen M jährlich erspart worden sein, das heißt etwa 20 vH der gesamten Energiekosten, und damit im Durchschnitt aller verkauften Hüttenenergieerzeugnisse etwa 3 vH der gesamten Gesteigungskosten, eher mehr, da diese Schätzung sehr vorsichtig ist.“

Das sind nur so einige Ausschnitte aus der Gegenwart, die man beliebig erweitern könnte. In ihnen spiegelt sich die Unfähigkeit unserer „Wirtschaftsführer“ wider, auch nur eine einigermaßen folgerichtige Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Heute kann man wohl mit Walther Rathenau sagen: „Wir leben in einer Zeit, während welcher aus den Fingernägeln Ursachen und Gründe gesogen werden, um die Kosten verfehlter Wirtschaftsspekulationen auf die Schultern des größten Teiles des deutschen Volkes abzuwälzen und dabei zu rufen: Non mea culpa! (Nicht meine Schuld!)“
Peter H. Loosen.

Nur geringe Entlastung des Arbeitsmarkts

In der ersten Hälfte des Monats April ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland um 100 000 geringer geworden. Bis Mitte April hat eine Gesamtentlastung des Arbeitsmarkts um rund 200 000 stattgefunden. In früheren Jahren ist die Frühjahrsentlastung in den ersten Monaten wesentlich stärker erfolgt. Bei einem Stande von über 6 Millionen Arbeitslosen fällt eine solche Frühjahrsentlastung nicht ins Gewicht. Arbeitskräfte neu eingestellt haben nur die Außenberufe, während die von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen die Arbeitslosigkeit noch vermehrt haben. Entlassungen sind namentlich in der Metallindustrie und im Spinnstoffgewerbe erfolgt. Auch zahlreiche Angestellte kamen neu zur Entlassung. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe war nur die Zigarettenindustrie in der Lage, Arbeitskräfte einzustellen. In den übrigen Zweigen trat eher eine Verschlechterung ein. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt sieht es also selbst im Frühjahr sehr trübe aus.

Nach den Feststellungen der Gewerkschafts-Zeitung (Nr. 15) wurden zum 30. April gekündigt: Mantelverträge für 3,6 Millionen Arbeiter, Lohnverträge für 2,8 Millionen Arbeiter. Nicht gerechnet sind die Tarifverträge für Angestellte.

In die zu erwartenden schwierigen lohnpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern griff der Reichsarbeitsminister ein mit der offiziellen Erklärung, daß ihm „eine erneute allgemeine Herabsetzung der Löhne und Gehälter nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert erscheine.“

Wir brauchen an dieser Stelle nicht erneut die grundsätzliche Stellung der freien Gewerkschaften zur Lohnfrage darzulegen. Sie wurde auch auf dem Außerordentlichen Gewerkschaftskongress unter einhelliger Zustimmung unzweideutig ausgesprochen. Die Lohnsenkung durch die Notverordnung war wirtschaftspolitisch völlig verfehlt. Sie senkte die Kaufkraft noch weiter und trug damit zur weiteren Schrumpfung der Wirtschaft und zum weiteren Steigen der Arbeitslosigkeit bei.

Die wiederholte Erklärung des Reichsarbeitsministers, daß ein weiterer allgemeiner Lohnabbau wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch unerwünscht sei, konnte schon deshalb nicht befriedigen, weil er von diesem Grundsatz die derzeitigen Lohnfestsetzungen in einer Reihe von Berufen ausschloß. Er verkündete, daß die Löhne in gewissen Berufen, die für den Binnenmarkt arbeiten, eine größere Anpassung an die Löhne der für den Außenmarkt arbeitenden Berufe erfahren müssen. In erster Linie sollten die Bau- und Baunebenberufe verstanden sein. Diese Erklärung ist im höchsten Grade unbestimmt und läßt die lohnpolitischen Auffassungen des Reichsarbeitsministers in einem beunruhigenden Zwielficht.

Diese Unbestimmtheit der Erklärung des Reichsarbeitsministers, daß im allgemeinen ein weiterer Lohnabbau unerwünscht sei, ist aber um so bedenklicher, als die amtlichen Schlichtungsinstanzen mit auffälliger Zögerung in die durch die Massenkündigung der Tarifverträge drohenden schweren lohnpolitischen Konflikte eingriffen und dem Ablauf der Tarifverträge mit verschränkten Armen zusahen. So eilig die Unternehmer die Kündigung hatten, so zögernd führten sie die Verhandlungen. Soweit sich im Augenblick übersehen läßt, ist jedoch in der Mehrzahl der Fälle der bisherige Lohnvertrag abgelaufen, ohne daß ein neuer vereinbart oder eine Übergangsbestimmung geschaffen wurde.

Die Unternehmer haben ihr Ziel, nämlich zunächst einmal die Lohnverträge ablaufen zu lassen, in weitem Umfange durch die zögernde Taktik des Reichsarbeitsministeriums erreicht. An der Spitze steht das Baugewerbe. Wo der Stand der Tarifverhandlungen es irgendwie zuließ, wurde den Arbeitern zum 30. April gekündigt mit dem Angebot, das Arbeitsverhältnis ab 2. Mai fortzusetzen zu den von den Arbeitgebern diktierten Löhnen. Daß die Arbeitgeber die neuen Löhne entsprechend festsetzten, versteht sich am Rande. Aber man fragt sich doch, ob in einer Reihe von Fällen die Arbeitgeber einfach wahnsinnig geworden sind? Die Bauunternehmer des Rheinlandes setzen den Lohn je nach Ortsklassen für den Maurer mit 85 Pf. bis herab zu 45 Pf. fest, für Bauhilfsarbeiter von 71 Pf. bis herab zu 38 Pf., für Tiefbauarbeiter von 64 Pf. bis herab zu 38 Pf. Nicht viel anders ist es im Steingewerbe, wo den Arbeitern in ganz Sachsen und Mitteldeutschland Reverse vorgelegt wurden, die eine Lohnreduzierung um 30 bis 40 vH vorsahen. In der Holzindustrie teilweise das gleiche Bild. Lohnreduzierungen um 20, 25, 30 vH schütteln die Herrschaften nur so aus dem Armel. Die Malermeister veraten auch ihre Taktik. Der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen erklärte in der Innungsversammlung am 25. April, „daß die Arbeitgeber ihre ganze Kraft einsetzen würden, um das amtliche Schlichtungsverfahren so lange als möglich zu sabotieren, damit die Verhandlungen möglichst hinausgeschoben werden und eine längere Zeitspanne ohne Tariflohn entstände. Diese Zeitspanne müßten die Meister ausnutzen, um die Löhne auf das angemessene Maß zu drücken, und zwar restlos, damit dann die Reichsbundvertreter bei den Verhandlungen sagen könnten, dies sei der mit der Gehilfenschaft freiwillig vereinbarte Lohn und daran ließe sich nichts mehr ändern.“

Deutschland steht am Vorabend ganz schwieriger wirtschaftlicher Kämpfe. Nicht ohne Schuld des Reichsarbeitsministeriums, weil es nichts tat, um den Ablauf der Lohnverträge zu verhindern.

Es war Pflicht des Reichsarbeitsministeriums, von sich aus alles zu tun, um zu verhüten, daß in dieser Zeit ein tarifloser Zustand so großen Ausmaßes entstand. Die Schlichtungsinstanzen legen dar, daß ihnen zur Zeit noch verhältnismäßig wenig Fälle zur Schlichtung vorliegen. Das mag richtig sein. Die amtliche Schlichtung greift erst ein, wenn die Parteiverhandlungen ergebnislos scheiterten. Die Arbeitgeber hatten es mit den Parteiverhandlungen nicht eilig, denn sie wollten den Ablauf der Tarifverträge, um mit Hilfe der Massenarbeitslosigkeit die Löhne ganz stark zu senken. Um der amtlichen Schlichtung den Eingriff zu erschweren, verzögerten sie in vielen Fällen unter den fadenscheinigsten Gründen die Parteiverhandlungen. Wo blieb die amtliche Schlichtung? Statt, wie es bisher Praxis war, in den Fällen wo eine der Parteien die Parteiverhandlung mutwillig und unangemessen hinauszögerte, diese Taktik einem Scheitern der Parteiverhandlungen gleichzusetzen und auf Anruf einzugreifen, sah diesmal die amtliche Schlichtung dem Treiben der Unternehmer seelenruhig zu. Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat gewaltsam die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Tarifverträge fast restlos an einem Termin abließen. Sie hat damit die Gefahr heraufbeschworen, daß fast das gesamte Wirtschaftsleben auf einen Schlag in erschütternde Konflikte um den Lohn gerissen wird. Was lag näher, als daß die Regierung, um der durch den plötzlichen Fortfall der Kollektivvereinbarungen drohenden Wirtschaftstörung auszuweichen, als Übergang bestimmt hätte, daß die bestehenden Lohnvereinbarungen zunächst bis zur tarifvertraglichen Neuregelung, d. h. bis zum Abschluß des Schlichtungsverfahrens, in Kraft blieben.

Das Reichsarbeitsministerium oder, vielleicht richtiger gesagt, die Reichsregierung hat diesen Weg zu gehen abgelehnt, aus Furcht vor dem Unwillen der Arbeitgeberverbände. Sie läßt lieber die deutsche Wirtschaft in einen zerrüttenden Kampf reißen, als daß sie die Konsequenz aus ihrer eigenen Notverordnung zieht. Sie hat damit den scharfmacherischen Teilen des deutschen Unternehmertums einen großen Dienst erwiesen. Diese glauben nun den Weg offen zu einem neuen und allgemeinen und ganz starken Eingriff in das Lohnniveau, wobei ihnen die Massenarbeitslosigkeit Helferdienste leisten soll.

Die Gewerkschaften werden auch damit fertig werden. Nicht sie haben diesen Kampf im Augenblick der schwersten Erschütterung des deutschen Wirtschaftslebens entfacht, aber sie weichen ihm nicht aus. Glauben die Arbeitgeber die Gelegenheit nunmehr günstig, um von sich aus sozialpolitisch und wirtschaftspolitisch unerträgliche Löhne diktieren zu können, so sollen sie darüber nicht im unklaren sein, daß sie in Deutschland soziale Kämpfe heraufbeschwören, deren Auswirkung im Augenblick nicht abzusehen ist. Auch die Reichsregierung wird sich die wirtschaftspolitischen, aber auch innenpolitischen Konsequenzen einer Erschütterung, die der Wahnsinn der Unternehmer auslöst, reichlich überlegen müssen.

Das Dinta sucht Subvention!

Unsere Wirtschaftsführer sind absolut gegen die Einnischung des Staates in die Wirtschaft — aber sie sind ebenso absolut dafür, möglichst viel Geld aus dem Staatssäckel in ihre weiten Taschen hineinzumischen. So waren sie immer, so sind sie vor allem jetzt. Die Hälfte der deutschen Wirtschaft ist heute staatlich subventioniert. Wenn es nun schon an dem ist, warum sollte der Herr Arnhold, der Leiter des Dinta, es anders halten? Er tut es doch aus edlen Beweggründen für die deutsche Jugend, nicht wahr?

Just um die Osterzeit, wo Tausende junger Menschen die Schule verließen, kam Herr Arnhold mit seinem Dreh an die Öffentlichkeit. In Tageszeitungen empfahl er seine Firma und ersuchte um Anteilnahme öffentlicher Stellen und um Unterstützung aus Mitteln der Allgemeinheit.

Um dieses Gesuch richtig würdigen zu können, muß man wissen, daß das Dinta von den Strategen des Scharfmacherturns gegründet wurde, um den Geist wie die Seele junger Proletarier, der Lehrlinge, zu Nütz und Frommen des Schwerkapitals zu kneten. Zu diesem Behufe wurden geübte Fachleute angeheuert, die die jungen Menschen nach Strich und Faden zu dressieren haben, um aus ihnen goldige Münze für die Millionäre zu quetschen. Die Quetscherei wurde mit Flöterei von Werkgemeinschaft — Schicksalsgemeinschaft begleitet. Und nun verlangt der Chef des Dinta, daß es aus öffentlichen Mitteln weiter erhalten wird. Für eine kapitalistisch-scharfmacherische Geldquetsche Steuergrößen, das sind Geldopfer von den Arbeitern, deren Kinder durch das Dinta gestaut und gekniet werden! Nun behauptet noch einer, unsere Wirtschaftsführer seien nicht genial!

So klar drückt Herr Arnhold die Beweggründe seines Gesuchs natürlich nicht aus. Bei ihm steht das gute Herz für die unbeschäftigte Jugend im Vordergrund. Hernach kommt freilich noch die Tatsache, daß die finanzielle Lage des Dinta übel ist, wofür auch die Schließung der Gelsenkirchener Lehrwerkstätte, der Musterkollektion Arnholds, spricht. Was Wunder, daß nun die öffentliche Hand für die Konkursmasse zu interessieren gesucht wird. Nach den vergeblichen Bemühungen in der Erwerbslosenbetreuung soll unter anderem Mantel die Firma gerettet werden. Für das in den Vordergrund geschobene Problem, die Schulung des Nachwuchses, dürfte das Dinta seine Ungeeignetheit bewiesen haben, da selbst die Unternehmerschaft finanziell von ihm abrückt.

Welchen Zwecken das Dinta im Grunde dienen soll, das hat einer seiner Paten bei der Gründung deutlich ausgedrückt: er forderte unbedingt strenge Disziplin als Grundstock der Werkspolitik.

... dieser disziplinierende Wille muß bestimmt und fest sein; jede Nachgiebigkeit und Unstetigkeit bringt die Masse in Unordnung. Wir denken an unser gutes preussisches Militär und seine wundervolle Zucht. In gewissem Sinne ist die deutsche Wirtschaft das Erbe dieses preussischen Militarismus, was ihr sicher nicht zur Unehre gereicht.“

Herr Arnhold selbst unterstreicht in einem Zitat vor Bonner Studenten diese Gesinnung und ist der Überzeugung, daß der Herrgott uns, das heißt das Dinta, an diese Stelle gesetzt hat.

Die Arbeiterschaft, insbesondere die Gewerkschaften, haben daher alle Ursache, solchen Bestrebungen scharf entgegenzutreten. Es ist eine selbstverständliche, bisher leider vernachlässigte Pflicht des Staates, seiner Jugend jede Förderung anzudehen zu lassen. Zur Durchführung solcher Notwendigkeiten ist jedoch eine Quetsche wie das Dinta weder nötig noch nützlich. Die Vorschläge des ADGB, wie neuntes Schuljahr, Arbeitsbeschaffung und ähnliches, bieten ein reiches Betätigungsfeld.

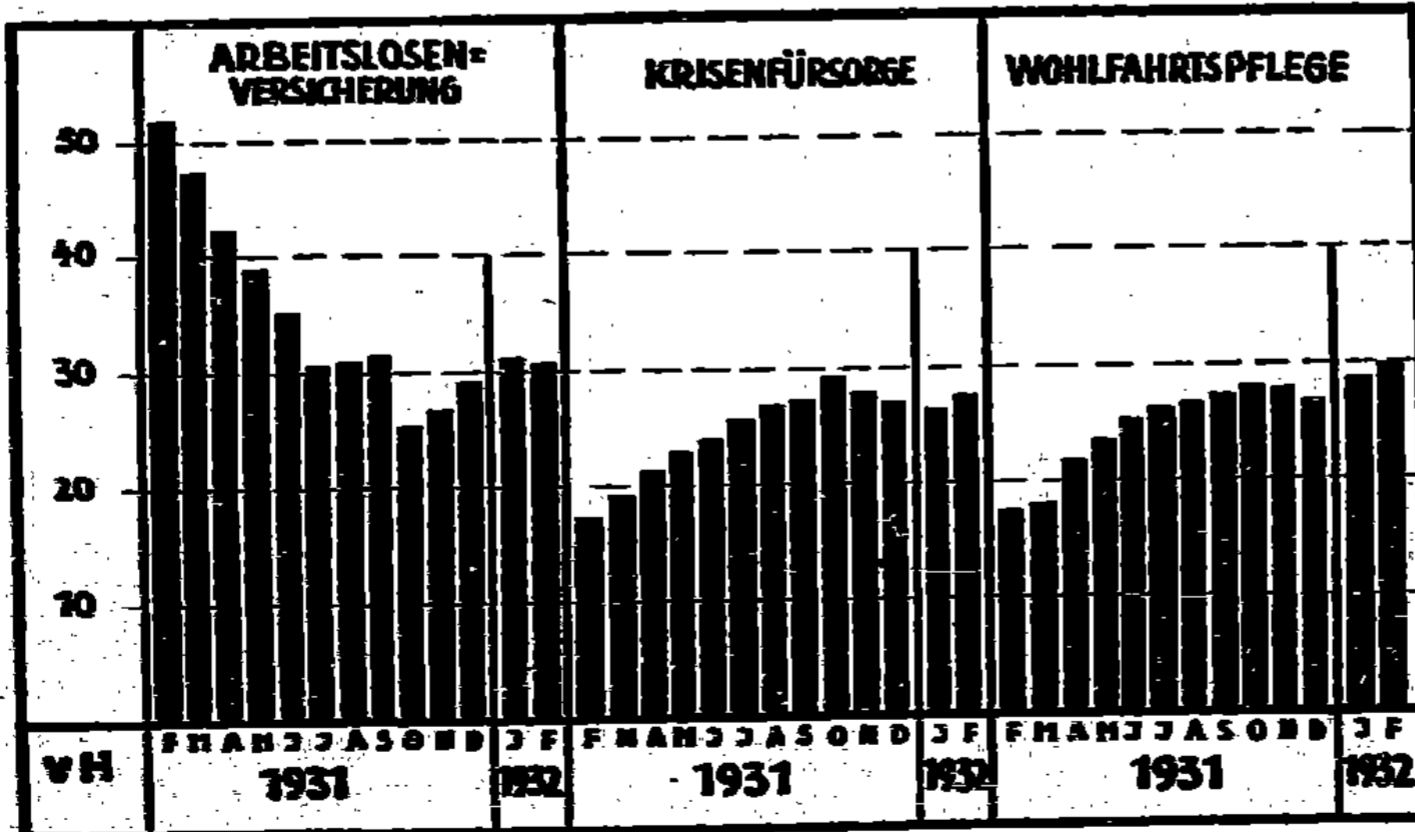
Die Unterstützung der Krisenopfer

Im Monat Februar dieses Jahres ging die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung trotz zunehmender Arbeitslosigkeit um rund 33 000 auf 1 852 000 zurück, während die Zahl der Krisenunterstützten um 78 000 auf 1 674 000 anstieg. Bei den Wohlfahrtserwerbslosen ist die Zunahme noch größer. Ihre Zahl erhöhte sich in der gleichen Zeit bei den Bezirksfürsorgeverbänden von 1 857 000 auf 1 994 000. Das bedeutet gegenüber dem Ende des Jahres 1931 eine Zunahme von 137 000 und gegenüber dem Monat Februar 1931 eine solche von 996 000 Wohlfahrtserwerbslosen. Von 1000 Einwohnern erhielten demnach im Februar dieses Jahres 31,9, im Vormonat Januar 29,8 und im Februar des Vorjahres 16,8 vH Wohlfahrtunterstützung.

Neuere Zahlen liegen noch nicht vor, aber aller Voraussicht nach zeigt der folgende Monat März das gleiche Ergebnis. Es dürfte daher gut sein, zu wissen, wie sich im Laufe des vergangenen Jahres der Hundertsatz der Versicherungsunterstützten fast ständig verringerte, in den beiden anderen Unterstützungsgattungen mit niedrigeren Bezügen dagegen ständig anstieg. Von 100 Arbeitslosen erhielten Unterstützung um der (siehe nebenstehendes Schaubild). Seit Ende Februar 1931 hat sich der Anteil der Versicherungsunterstützten, gemessen an der Zahl aller Arbeitslosen, von 52,1 auf 30,2 vH vermindert, während sich der Anteil der Krisenunterstützten von 18,3 auf 27,3 und der der Wohlfahrtserwerbslosen von 14,1 auf 29,9 vH erhöhte. Es müssen also immer mehr Arbeitslose mit niedrigerer Unterstützung zur Daseins fristen.

Die dauernde Zunahme der Krisenunterstützten und Wohlfahrtserwerbslosen stellt aber auch die Gemeinden vor schwierige Aufgaben; denn je mehr sich die Unterstützungslast von der Arbeitslosenversicherung auf die Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege verschiebt, desto folgenschwieriger ist ihre Auswirkung auf die Gemeindefinanzen. Es besteht somit die Ge-

fahr, daß die Gemeinden trotz der durch Notverordnung vom 29. März d. J. bereitgestellten Reichsmittel im Betrage von 75 Millionen Mark die gesteigerten Ausgaben für die Dauer nicht tragen können. Um so dringender sollte daher die von den freien Gewerkschaften schon längst geforderte Zusammenlegung der Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge zu einer



einheitlichen Reichsarbeitslosenfürsorge in Angriff genommen werden. Dies würde übrigens die Verwaltungsarbeiten wesentlich vereinfachen, weil dann das Neben- und Gegenüberarbeiten zwischen den Arbeits- und Wohlfahrtseinrichtungen vermindert wird.

Andererseits sollte nun aber auch endlich den anderen Forderungen der Gewerkschaften, wie restlose Bekämpfung der Überzeitarbeit, energische Bekämpfung des Doppelverdienstern, Einführung der 40stündigen Arbeitswoche mit gesetzlichem Ein-telungszwang und Schaffung neuer Arbeit Rechnung getragen werden. Nur dann erst wird es möglich sein, einen Teil der Dauerarbeitslosen in den Produktionsprozess einzurufen.

Stahlbad Anne 17

Kriegsroman von Peter Kiss Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Regen hat uns vollständig eingedeckt. Ich blicke auf Langer ... er ist von dem kalten Regen erwacht ... er starrt teilnahmslos in den Himmel ... er weiß nicht, was um ihn vorgeht ... wer um ihn kämpft ...

Der Schinder ist fassungslos. Er umkreist die Gruppe wie ein Raubtier ... unablässig auf Kilb starrend ... jetzt ... jetzt wird er sich auf ihn stürzen ... jetzt ... gleich werden die beiden im Sande sich wälzen ... faß' ihn doch mal an ... du feiger Hund ... wolln mal sehen, was dann kommt! Er faßt ihn nicht an ... er ist ein elender Feigling ... mit lauernden Augen folgt ihm kurz auf den Hacken der Sergeant. Plötzlich springt er vor den Schinder und knallt mit den Hacken. „Soll ich ihn abführen lassen, Herr Leutnant?“ In seinem Gesicht ist eine widerliche Vorfreude.

Einen Schritt vor Kilb bleibt der Schinder stehen ... weiter wagt er sich nicht vor ...

„Grenadier Kilb! Sie sind sich scheinbar nicht bewußt, was Ihnen bevorsteht?“ — Der Rebell lächelt unbeschreiblich ... „Ich befehle Ihnen jetzt ein letztes Mal: Treten Sie sofort ins Glied!“

Die Katastrophe ist unvermeidlich. — Da schreit Langer mit einem Male auf: „Peter!“

Ich zucke zusammen ... Peter? Peter?! ... Visionär tauchen Erinnerungen, Bilder, sekundenlang auf vor mir ... Langer rennt in unseren Hof hinein ... ein langer Bengel aus der Nebenstraße hinter ihm ... er schwingt einen Knüttel ... sein Gesicht ist verzerrt ... Heini schreit in Todesangst: „Peter! Pe-e-ter!“ ... ich fange den großen Kerl auf ...

Er ruft mich wieder in seiner Not. — Und wieder: „Peter!“ — Da läßt der Schinder von dem Aufsässigen ab. Er geht auf uns zu. — Hilflos, verlegen starrt der Einjährige auf seine Stiefelspitzen, Gewehr bei Fuß. — — — Wieder: „Peter! Komm mal her — Peter!“ — Adolf sieht sich fragend um ... ich warte nicht mehr ... ich trete vor ihn hin ... der Regen rinnt mir vom Helm und in die Augen, als ich zu dem Koloß aufblicke ...

„Er ... Heini ... meint mich, Herr Leutnant ... wir ... Heini und ich ... sind gute Freunde ...“

Da prustet der Schinder los ... sein Gesicht zittert von der Erschütterung des Lachens ... er hält sich eine Hand auf den Bauch, und seine Augen sind ganz zusammengekniffen ... er brüllt ... ich bin fassungslos ...

„Heini — Heini — — sagt dieser Idiot ... wer ist denn hier Heini? ... hahahahaha ... der kleine süße Heini — hihihih — — und dann verschwindet das Lachen plötzlich und er stiert mich wie ein Mordgeselle an:

„Das da ... was da so rumliegt ... das ist ein Grenadier seiner Armee des Kaisers, verstanden — Verstanden?“ Und dann grinst er wieder böseartig, maskenhaft:

„Los, Rekrut! Kilb ablösen!“ — und mit einem Ruck: „Kompanie schtill-geschann! 's Gewe-e-ehr über! O-o-ohne Tritt marsch!“

Die Kompanie stapft durch den Regen. Einzelne Tropfen fallen noch, ganz hinten am Horizont flackert es auf ... Wetterleuchten ... noch ein verspäteter Donnerschlag ... Sievers rennt in sein Loch, sichtlich erleichtert.

Ich gehe auf Kilb zu, fasse seine Faust ... sehe ihn an ... Er sagt gar nichts, es arbeitet nur in seinem harten Gesicht ... er streckt seinen Körper ... atmet tief und nimmt dann mein Gewehr. Langsam geht er an Adolf vorbei ... die beiden sehen sich noch einmal kurz an ... es zuckt in beiden Gesichtern auf ... Wetterleuchten am Horizont ...

Kilb geht in die marschierende Kolonne hinein. Sechs Mann und vier Gewehre — darauf eine hilflose, traurige Last — — — wir schließen den Zug.

Langer liegt quer und hat meine Hand gefaßt: „Bald bin ich zu Haus, Kamerad,“ flüstert er. Er sieht mich dauernd an und lächelt glücklich — — —

Langer lächelt — den Helm mit den Händen auf der Brust umfaltend — Der Regen wischt die Blutflecke auf seinem Mund über das schmale, spitze Kinn ... aber er lächelt ... er lächelt immerzu ...

Wir haben nicht schwer zu tragen ... Langer wiegt nur fünfundsachtzig Pfund ...

Am Bahnhof werden die Gewehre zusammengestellt. Der Schinder ist mit dem Sergeanten in den Bahnhof gegangen, — eilig — und mit unsicherem Blick vorher noch einmal die Reihen überblickend.

Adamczik bückt sich mit einem lächelnd-erwartenden Kinder-gesicht zu Langer nieder, der schweigend, mit hohlen Augen daliegt. Er hat Kilbs rotes Taschentuch in der Hand und wischt sich den kalten Schweiß mit matten Bewegungen aus dem Gesicht.

„Na — Heini, — nu man Kopp hoch.“ — Adamczik versucht in einen scherzenden Ton zu fallen, nimmt das Taschentuch und reibt behutsam mit seiner kleinen Hand Langers Gesicht und die freilegende, schmale, gelblich schimmernde Brust ... leise ... vorsichtig ... als fürchte er, ihm weh zu tun. „Ich hab dir doch immer gesagt, Heini, sollst dir krank melden. Aber — na — nu hast es ja bald geschafft ... nu wirste sicher g. v. Heini; denn kommste bald zu Muttan ...“

Er spricht mit ihm wie mit einem kleinen Bruder, der kleine, gute Kerl, dessen Mutter heute morgen noch in unserer Mitte schritt ...

„Und im Lazarett kriegste erste Form, Kamerad,“ fährt er überzeugend fort, und nun malt er ihm märchenhafte Möglichkeiten hin: „Dicke Nudeln un Milch un Weißbrot un so ... denn wirste aber rund un mollig un denn schreibste uns mal, wat Heini? — Det wird aber fein — — — er spricht hastig, als wolle er noch schnell alles sagen, ehe der blasse, verhungerte Kamerad von uns geht, „un denn denkste jarnich mehr an all den Mist un nich mehr an den da,“ — er nickt nach dem Bahnhofseingang hin und sein Gesicht wird plötzlich hart und alt. Dann fährt er wieder fort, liebevoll, während er das eingefallene Gesicht Langers mit den Händen liebkost: „Und denn kommste in ein schneeweißes Bett, Kamrad, — Menschens-kind — stell dir det vor — und ick besuch dir mal und bring dir wat Feines mit. Meine Mutta hat noch Injemachtes von Fallobst ... det hab ick vor'jes Jahr hier ganz in der Nähe jeklaut ... und'n Pott Marmelade hat Mutta ooch noch. Eenmal komm ick bestimmt noch zu dir, eh' wir rauskomm ...“

Es ist, als wenn Langer tatsächlich seinen Worten folgt. Er blickt ihn einige Sekunden mit klaren Augen an, greift nach

Adamcziks Hand und nickt schwach mit dem Kopf. — Adamczik ist noch nicht zu Ende:

„Und wenn et dir jut jeh, Heini, denn denk ooch mal an Kilb; der wollt' dir mit tragen helfen und der Schinder wollt' et nich, und denn hat Karle gesagt: „Nee —“, hat er gesagt, als der Sievers ihn ablösen sollt — denn er wollt ja bei dir bleiben und is dir nich von der Seite jewichen. Und er wär keen Hund — hat er ihm gejagt. Immer jib ihm Saures ... hab ick nur jedacht. — Nee — Heini — det hätt'ste sehn soll'n, — der is nich weich geworden, der Karle. Na — und denn haste ja Peter jerufen, und denn is Karle anschließend doch weg-gejungen ... aber wie er den Schinder anjeseh'n hat — — ick hab nur immer jedacht ... nu haut er ihm eens in die Zähne ... kiek ... un nu sitzt er da, der Karle ...“

Langer nickt müde mit dem Kopfe und lächelt wieder. Aber er liegt, als sei er schon fort von uns: Er schließt die Augen.

„Langer nickt müde mit dem Kopfe und lächelt wieder. Aber er liegt, als sei er schon fort von uns: Er schließt die Augen.“

Das Recht des unehelichen Kindes

Die Reichsverfassung verlangt in ihrem Artikel 121: „Den unehelichen Kindern sind durch Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.“ Wenn dieser Artikel überhaupt einen Sinn hat, dann nur den, daß die Kinderrechte des unehelichen Kindes durch das Gesetz gleichgestellt werden sollen mit den Kinderrechten der ehelichen Kinder. Das hieße aber, daß dem unehelichen Kinde nicht nur der Mutter gegenüber ungeschmälerte Kindesrechte zustehen sollen, sondern auch dem als seinen Vater festgestellten Manne gegenüber. Wie sieht es in Wirklichkeit aus? Heute hat das uneheliche Kind nicht einmal das Recht, sich den Namen seines Vaters zuzulegen. Ja selbst dann, wenn die uneheliche Mutter einen andern Mann heiratet, kann dieser (Stiefvater) nicht einmal dem von der Mutter mitgebrachten Kinde seinen Namen geben, selbst wenn er das wollte. Ein uneheliches Kind und dessen Vater gelten vor dem Gesetz nicht einmal als verwandt miteinander. Daraus ergibt sich, daß auch das uneheliche Kind keine Erbsprüche an seinen Vater stellen kann.

Der Vater des unehelichen Kindes ist lediglich zur Leistung eines Unterhaltsbeitrages an die Mutter verpflichtet. Die Höhe dieses Beitrages richtet sich aber nicht nach der Zahlungsfähigkeit des Vaters, sondern wird bemessen nach einem der sozialen Lebensstellung der Mutter entsprechenden Unterhalt. Handelt es sich also um eine arme Mutter, dann braucht auch nur ein ärmliches Aliment gezahlt zu werden, auch wenn der Vater Millionär ist. Eine weitere große Ungerechtigkeit dem unehelichen Kinde gegenüber liegt darin, daß sich sein Vater von seiner Unterhaltspflicht drücken kann, wenn ihm der Zeugenbeweis gelingt, daß während der Empfängniszeit noch andere der Mutter beigewohnt haben.

Das ganze beweist, welch ungeheure heuchlerische Herrenmoral diese Rechtsfrage bestimmt und wie beschämend und unwürdig ihre jetzt wirksame Regelung ist sowohl der Frau als auch dem völlig unschuldigen unehelichen Kinde gegenüber. Die Behandlung der unehelichen Mutter und ihres Kindes durch die geltende Regelung kommt geradezu einer Bestrafung der beiden gleich. Das ist um so verwerflicher, als die uneheliche Geburt eines Kindes gerade in der heutigen Zeit häufig nur die Folge eines Notzustandes ist. Die gegenwärtigen Verhältnisse zwingen oft zu jahrelanger Verlobung, sei es wegen zu geringen Einkommens oder gar Erwerbslosigkeit des Bräutigams, sei es wegen Wohnungsnot, Furcht der Frau, bei Verheiratung ihre Stellung zu verlieren usf. Wie leicht wendet sich dann der Vater gewordene Bräutigam aus irgendeinem Grunde von seiner Braut ab und — die sitzt nun da mit ihrem Kinde und all der damit verbundenen Mühe und Sorge, während der Vater frei und unbeschwert seines Weges gehen kann, gewissermaßen unter dem Schutze des geltenden Rechtes. Hier muß Änderung geschaffen werden.

Die Aussicht hierfür aber wächst allein mit dem Willen und der Kampfbereitschaft der Frauen selber. Vorbedingung aber wäre ihr wachsender Zusammenschluß in den politischen und wirtschaftlichen Organisationen, also in der Sozialdemokratie, und, soweit es sich um erwerbstätige Frauen handelt, in ihrer Berufsorganisation. Es gilt dabei den Kampf zu führen um folgende Forderungen, um deren Verwirklichung die sozialistische Arbeiterschaft seit der Revolution bemüht ist:

1. Gleichstellung des unehelichen Kindes mit den ehelichen, so wie es schon in den nordischen Ländern der Fall ist;
2. Recht des unehelichen Kindes zur Führung des Vaternamens;
3. Recht des Stiefvaters, dem unehelichen Kinde seinen Namen zu verleihen;
4. Bemessung der Alimente für das uneheliche Kind nach der Leistungsfähigkeit des Vaters;
5. Erbberechtigung des unehelichen Kindes dem Vater gegenüber;
6. wo Vaterschaft nicht einwandfrei feststeht, Haftung der Gesamtschuldner.

Ist Eva wirklich schuld?

Die armen Männer! Sie finden, daß es ihnen heute schlecht, sehr schlecht geht. Und wie sie von jeher gewöhnt waren, die Schuld der Frau zuzuschreiben, wenn etwas nicht ganz nach ihrem Wunsche ging, so finden sie natürlich auch heute: „Eva ist an allem schuld!“ Das hat schon Adam erklärt, als er dem Anerbieten der Eva nachgab und die Hälfte des Apfels aß, den sie ihm so freundlich reichte. Nie hat Adam überlegt, daß Eva damals keineswegs schuld war an der Vertreibung aus dem Paradiese. Er fühlte sich doch von jeher so sehr als Herr der Schöpfung, sah hochmütig auf Eva herab, die nur aus einer Rippe seines Körpers geschaffen war, während er selbst doch vollständig aus einem Erdenkloß hergestellt war! Warum verbot er Eva nicht einfach, den Apfel zu nehmen? Warum nahm er sogar die Hälfte gern an? Doch nicht etwa nur der schönen Augen der Eva zuliebe. Diese Eva war ja so unglaublich anständig. Die Schlange hatte ihr versprochen, daß, wer den Apfel verzehre, alle Weisheit der Welt besitzen solle. Aber Eva, bescheiden, wie Frauen zu sein pflegen, wollte gar nicht alle Weisheit der Welt für sich allein. Anstatt Adam im Urzustand seiner Unschuld, das heißt Dummheit, zu lassen, wollte sie ihm den Weg zur Weisheit öffnen. Und zwar gönnte sie ihm genau so viel Weisheit, wie sie für sich beanspruchte. Sie bot ihm nicht etwa nur ein Viertel des Apfels an, wie sie es ja leicht hätte tun können, sondern sie gab ihm genau die Hälfte. Anstatt dankbar zu sein, gab Adam der Eva die Schuld an der Vertreibung aus dem Paradiese, die genau so sehr seine Schuld war. Zudem traf Eva die härtere Strafe, denn ebenso wie Adam

Der Kleine ist einen Augenblick hilflos und beseht unschlüssig das kleine Spielzeug. Aber er versucht es noch einmal:

„Heini“, er fährt ihm wieder sacht über die Wangen, „wenn du im Lazarett Langeweile hast — hier — schau mal — det nimmste mit ... det schenk ick dir ... det machste so ...“

Und auf dem nassen Pflaster kniet er, der siebzehnjährige Knaube in der Uniform des Kriegers ... ein Kind in diesem Augenblick ... und dreht und wendet das kleine Spielzeug ... und hat rote Ohren dabei ... und vergißt in diesem Augenblick alles Schreckliche der vergangenen Tage und derer, die kommen werden ... unerbittlich näher kriechen ... schlangengleich ... lustern nach unserer Jugend und unserem Blut ... sitzt weltverloren bei den Gewehrpyramiden der fünften Kompanie ... bei einem halbtot-geschundenen, schwindsüchtigen Grenadier ... sitzt und spielt ... dreht und wendet ... und dreht das kleine Spielzeug ... und freut sich unbändig, als er die erste kleine Kugel einbalanziert hat und es triumphierend seinem Kameraden zeigt.

Dann drückt er ihm hastig das Spielzeug in die Hand und geht zu seinem Tornister.

„Mit'm Dreh, Heini,“ sagt er noch im Abgehen „und denn mach et man jut ...“

So sind sie alle, meine Kameraden: die bald in den Trichterfeldern der Westfront liegen werden: Kinder, die spielen, wenn sie nicht marschieren oder schießen und morden müssen ...

(Wird fortgesetzt.)

mußte sie arbeiten und ihr Brot im Schweiß ihres Angesichtes essen. Sie mußte obendrein mit Schmerzen Kinder gebären, Schmerzen, die die meisten Männer, wie sie selbst zugeben, kaum ertragen würden.

Trotz der Weisheit Evas, die genau so groß war wie die Adams, da beide ja einen halben Apfel gegessen hatten, ließen sowohl Eva wie alle ihre Töchter es sich Jahrtausende lang gefallen, daß Adam und alle seine Söhne bei jeder Gelegenheit erklärten: „Eva ist an allem schuld.“ Kraft dieser Feststellung suchten sie die Frauen von allen intellektuellen Gebieten fernzuhalten. Vielleicht war es ein Zugeständnis ihrer im Unterbewußtsein schlummernden Schwäche. Nicht ohne Humor spricht Oskar A. H. Schmitz in seinem kleinen Buche „Tragikomödie der Geschlechter“ davon, daß der Jahrtausende alte Hochmut der Herren der Schöpfung ein Selbstbetrug sei. Er spricht von der „Rebellion der Frauen gegen das männliche Intellekt-Patent“. Aber die Frauen rebellieren auch gegen die Forderung des Mannes, sie in das Haus zu bannen und ihre Tätigkeit lediglich auf die häusliche Arbeit zu beschränken. Sie rebellieren schon deshalb dagegen, weil es ja eine sehr große Überzahl von Frauen gibt, die keine Tätigkeit im Hause mehr finden können!

Die Rebellion der Männer gegen die Berufsmöglichkeit der Frau aber spielt heute eine sehr große Rolle. Die Nationalsozialisten erklären offen, sie würden alle Frauen aus ihren zum Teil sehr schwer erkämpften Stellungen verdrängen. Manche Männer anderer Parteien wünschen das gleiche. Was dann aus diesen Frauen wird, kümmert sie nicht. Auch sie werden nicht jeder Frau einen Mann verschaffen können, der für sie sorgt. Zudem werden sie es heute kaum noch erreichen, daß viele Frauen in das alte Abhängigkeitsverhältnis zurückkehren wollen, das ja so besonders stark war, weil sie finanziell in dieses Verhältnis gedrängt waren.

Die neue selbständige Frau hat vielleicht an Weiblichkeit verloren, wenn man unter Weiblichkeit die Frau als unbeschriebenes Blatt, als niedere Magd versteht. Vielleicht gab es für diese Frau wirklich keine Probleme. Wie manche solche Frau ist aber an seelischer Zerrüttung zugrunde gegangen! Die Frau von heute ist sich der Probleme bewußt, die ihre veränderte Stellung mit sich bringt. Gerade deshalb sucht sie nach ihrer Lösung. Dem Manne bringt dieses Suchen eine Reihe von Konflikten. Er ist nicht mehr der Herr der Schöpfung, dem sich die Frau unbedingt unterwirft. Einst nahm er von der Frau die Hälfte der Weisheit der Welt entgegen. Das bedeutet, daß sein Verhältnis zu ihr auf Gleichheit beruht, beruhen muß. Die Frau als Freund, als Kamerad, bedeutet kein „verborgenes Verhältnis“, wie Schmitz meint. Es bedeutet vielmehr die Aufhebung der Ungerechtigkeit, unter der das weibliche Geschlecht so lange leiden mußte. Eva ist keineswegs an allem schuld, wenn sie Gerechtigkeit fordert, denn Gerechtigkeit sühnt alle Schuld! Anna Blos.

Mit dem Hute in der Hand

Man braucht den Deutschen nicht durchaus für den höflichsten unter den Europäern zu halten, weil er meist gar so demütig, als Staatsbürger und als Mensch an sich, mit dem Hute in der Hand dasteht. Ich kann die abertausend Gelegenheiten, bei denen er diese Bittstellerhaltung einnimmt, hier nicht aufzählen, es genügt, zu sagen: bei fast allen, auch den unmöglichsten Gelegenheiten.

So beim Eintritt in jedes öffentliche Gebäude oder auch in eine Kneipe, man sagt „Restaurant“. Was verpflichtet einen, den Hut schon am Eingang, gewissermaßen noch im Schatten des „Herrn Portier“, abzunehmen? Hat man das Lokal zu grüßen, darin einem für sein Geld, genau wie in der Elektrischen der Fahrchein, Getränke und Speisen verabfolgt werden? Oder die Gäste, die man vielleicht nicht mal kennt? Oder wäre dies öffentliche Ausschanklokal einem Privathause oder gar einer Kirche gleichzuachten? Mit derselben Verpflichtung müßte man dann ja auch in der Bahnhofshalle oder gar in den nicht näher zu bezeichnenden Anstalten, die einer bedürfnisvollen Öffentlichkeit auf Straßen und Plätzen zum Besuche freistehen, ehrfurchtsvoll den Hut in der Hand halten. Von der Höflichkeit bis zur Lächerlichkeit ist auch nur ein Schritt.

In „höfischer“ Zeiten war es das Zeichen unterwürfigen Untertanenstandpunkts — dieses demütig mit entblößtem Haupte Dastehen vor dem einen, der sich aus Gottesgnaden bedeckt hielt. Ist es nicht, als komme der Deutsche nie wieder los von dem Kadavergehorsam, der ihm viele Generationen hindurch eingepfimpft worden ist — und von der Kasernenhofatmosphäre, darin ihm sein letztes bißchen Mannesstolz in ein Exerzierreglement umgesetzt wurde?

„Servil“ ist ein häßliches Wort — aber servil muß es genannt werden, dieses zur zweiten Natur gewordene Sichdrücken. Diese Höflichkeit, die ins Knechtstum hinein entwürdigt. Die zur Lächerlichkeit wird, weil sie die Höflichkeit parodiert. Der Typus jenes Bürgerstolzes, der zuletzt vor jedem Briefkasten stramme Haltung annehmen wird.

Mitunter möchte ich einen dieser Höflichen fragen: „Kriegen Sie hier eigentlich was geschenkt? Weil Sie gar so demütig, so unsicheren Schritts, so überaus bescheiden daherkommen wie ein Bettler!“

Zum Lachen wärs manchmal, wenns nicht zum Schamen wäre. Knieschlottern vor jeder simplen Dienstraumschranke. Stottern vor einem Trinkgeld heischenden Kastellan. Hackenzusammenklappen vor jeder Uniform. Dieses Insichhineinverschrumpfen vor der etwas unwirnschen Art des Herrn Schaltherbeamten. Man möchte solchen Leuten eins freundschaftlich ins Rückgrat puffen und ihnen zuraunen: „Sie, Herr — Sie überlakaiaen ja den Lakaien!“

Das Sonderbare ist dabei: Der Deutsche im Quadrat ist — trotz Hut in der Hand — alles andre als wirklich höflich; er verzerrt bloß die Allüren des „feinen“ Mannes — und macht sich lächerlich, einfach lächerlich.

„Ihr ergebenster, gehorsamster, untertänigster Diener!“

Meine Herren! Ein wenig mehr Rückgrat! Verdammt-nochmal! Karl Schneider.



Langer liegt quer —



Die Erwerbslosenunterstützung des DMV

Vorbemerkung der Schriftleitung. Von einem langjährigen Mitglied unseres Verbandes gehen uns nachstehende Ausführungen zu. Wir geben diesen gerne Raum, weil wir der Ansicht sind, daß sich die Mitgliedschaft über den berührten Gegenstand aussprechen muß und weil Klarheit in diesen Fragen dringend notwendig ist.

Als der Verbandstag in Halle im Jahre 1899 die Arbeitslosenunterstützung im Verband einführt, bestand unter den Mitgliedern keineswegs Einstimmigkeit über diese Maßnahme. Die Gegner der Unterstützung behaupteten, mit der Einführung der Unterstützung verschlechtere sich die Lage der Kollegen, weil sich das Einkommen der Arbeiter um den Betrag vermindere, der für Unterstützungen ausbezahlt wird. Weiter wurde gesagt, der Verband zahle mit der Unterstützung eine Prämie an die Unternehmer, denn wenn diese wüßten, daß der Verband eine Unterstützung zahlt, würden sie die Arbeiter bei flauem Geschäftsgang entlassen. Noch mehr solcher Gründe wurden von den Gegnern der Unterstützung ins Treffen geführt.

Heute hat man nur noch ein Lächeln für die damaligen Argumente, denn die verflossenen 32 Jahre haben so offensichtlich die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung bewiesen und die Gegengründe so glänzend widerlegt, daß wohl kaum noch jemand wagen wird, von der Überflüssigkeit dieses Unterstützungszweiges zu reden.

Der Verbandstag in Leipzig 1905 hatte die Arbeitslosenunterstützung in eine Erwerbslosenunterstützung umgewandelt, und seit dieser Zeit zahlt der Verband Unterstützung auch an Mitglieder, die infolge Krankheit oder Unfall erwerbsunfähig geworden sind. Für die beiden Unterstützungsarten — Arbeitslosen- und Krankenunterstützung — wurden von den Verbandstagen zuerst 20 Pf., später 30 Pf. vom Mitgliederbeitrag bestimmt, und vor dem Krieg war es Tradition, die aus diesem Beitragsteil fließende Summe besonders zu berechnen, um daran die Grenze der Leistungsfähigkeit des Verbandes zu erkennen. Die Aufwendungen für diese Unterstützungsart hielten sich jedoch in bestimmten Grenzen, so daß Gegenmaßnahmen nicht erforderlich wurden. Von den Mitgliedern waren im Durchschnitt 2,14 vH arbeitslos, Kurzarbeit war fast unbekannt, und bei der geringen Inanspruchnahme der Unterstützung konnte trotz niedriger Beiträge eine verhältnismäßig hohe Unterstützung ausbezahlt werden, ohne dadurch die Hauptaufgabe des Verbandes zu gefährden, nämlich durch Lohnbewegungen und Streiks eine Verbesserung der Lebenslage der Mitglieder herbeizuführen.

Zu Beginn des Krieges wurde die Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit aufgehoben, um die Arbeitslosenunterstützung in vollem Ausmaß weiterzahlen zu können, doch konnte diese Maßnahme bald wieder rückgängig gemacht werden. Diese Anhebung war bis zum Jahre 1931 die einzige gewollte Einschränkung der Unterstützungen, denn die durch die rasende Geldentwertung in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 verursachte Unmöglichkeit weiterer Unterstützungszahlungen steht außerhalb menschlicher Erwägungen und Berechnungen.

Die Inflation hatte das Vermögen der Gewerkschaften zerstört und das Unterstützungswesen des Verbandes mußte vollständig neu aufgebaut werden. Die Metallindustrie war um die Jahreswende 1923 auf 1924 Schauplatz umfangreicher Wirtschaftskämpfe. Das Unternehmertum wollte den durch die Revolution errungenen Achtstundentag beseitigen, und ähnlich wie im verflossenen Jahr beim Lohnabbau gingen die Regierung und die Schlichtungsausschüsse Hand in Hand mit den Unternehmern. Die christlichen und Hirsch-Dumckerschen Verbände hatten sich mit den Anschlägen auf den Achtstundentag abgefunden; Widerstand leisteten nur die freien Gewerkschaften, und der DMV hatte in allen Gebieten des Reiches schwere Kämpfe zu bestehen. Die durch die Opferwilligkeit der Mitglieder aufgebrachten Gelder und die durch eine kluge Finanzpolitik der Kassierer noch vorhandenen Mittel mußten daher in erster Linie für Kampfzwecke Verwendung finden; die sofortige Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung war nicht möglich. Doch geschah dies bereits am 1. Juli 1924, und der Verbandstag in Bremen erhöhte die Unterstützungssumme.

Nach der Einführung der Arbeitslosenversicherung im Jahre 1927 entstand die Frage der Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung, und in den letzten Jahren mehrten sich die Stimmen für die Beseitigung dieses Unterstützungszweiges. Soweit die Vorschläge nicht von Leuten stammen, die ihre Ziele durch eine raschere Verelendung der Arbeiterklasse zu erreichen suchen, hätte der Gedanke einer Kürzung der Erwerbslosenunterstützung eine bessere Beachtung verdient. Vielleicht würde dann die nach meiner Ansicht unvermeidliche Änderung dieser Unterstützung bereits durchgeführt sein. Daß der Verbandstag in Berlin 1930 noch keine Stellung zu dem Problem nahm, ist erklärlich, denn man glaubte in jener Zeit auf dem Tiefstand der Krise ausgegangen zu sein; zum mindesten hat niemand die in Erscheinung getretene Sinnlosigkeit der Wirtschaft, den Zusammenbruch der Banken und die Vertrauenskrise 1931 vorausgesehen, welche für den Arbeitsmarkt in Deutschland die in dem Arbeitslosenheer von 6 Millionen sichtbaren Folgen hatten.

Die Ausführungen auf dem Berliner Verbandstag über die Ausgaben für die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung mußten allerdings jeden Kenner der Verbands-einrichtungen bedenklich stimmen. Der Verband zahlte für diesen Unterstützungszweck 1927 rund 7,700 Millionen M., 1928 rund 14,250 Millionen M., 1929 rund 22,141 Millionen M. Es wurde damals gesagt: „Wir werden auf

finanziell Gebiet in den nächsten zwei Jahren durchhalten, auch wenn sich die Krise noch weit mehr verschärft als jetzt.“ Letztere Prophezeiung ist über alles Maß eingetreten. Der DMV hatte im Jahre 1930 durchschnittlich 20,1 vH arbeitslose Mitglieder, 1931 stieg diese Zahl auf 33,4 vH, und im März 1932 waren 46,0 vH Mitglieder arbeitslos.

Der Verband hat durchgehalten. Abgesehen von einer geringfügigen Kürzung des Unterstützungssatzes (in der 1. Klasse um 10 Pf. täglich) und einer Herabsetzung der Bezugszeit hat der Verband seine bezugsberechtigten arbeitslosen und kurzarbeitenden Mitglieder weiter unterstützen können, und die Hauptkasse hat für diesen Zweck im Jahre 1930 rund 35,732 Millionen M., im Jahre 1931 rund 26,814 Millionen M. ausgegeben. Daneben hat der Verband seinen Hauptzweck nicht vernachlässigt und zahlreiche Kämpfe zur Abwehr der Unternehmerrpläne geführt.

Aber wird der Verband auch weiterhin die notwendigen ungeheuren Summen für seine arbeitslosen Mitglieder aufbringen können?! Ein Ende der Wirtschaftskrise ist noch nicht sichtbar, und für den Verband entsteht neben der Belastung durch neue Krisenopfer in stets sich vergrößerndem Ausmaß die Notwendigkeit der wiederholten Unterstützung ausgesteuerter Mitglieder.

Sicherlich haben schon zahlreiche Mitglieder die Frage gestellt, wie und wie lange der Verband die Unterstützungen weiterzahlen kann nach seinen erstaunlichen Leistungen, deren Höhe doch erkennen lassen muß, der Boden des Spartopfes der Hauptkasse erreicht sein sollte. Es ist logisch, daß aus dem Topf nicht mehr herausgeholt werden kann als darinnen ist. Sicherlich gehe ich auch mit den meisten Mitgliedern einig in dem Gedanken, daß der „Topf“ durch die Erwerbslosenunterstützung überhaupt nicht ganz geleert werden darf, ein erheblicher Fonds muß für die notwendigen Kämpfe mit dem Unternehmertum in der Kasse bleiben, ganz abgesehen von dem Invalidenfonds, der für die Zukunft erhalten werden muß.

Doch auch ohne diese — schwerwiegenden — Umstände muß nach meiner Ansicht eine Sanierung der Hauptkasse des Verbandes erfolgen. Die vor dem Krieg ohne Weiterungen durchführbare Devise, daß Alle für die Unterstützung Einzelner Beiträge leisten, ist heute ins Gegenteil umgeschlagen. Der Verband konnte bis jetzt dank der Opferwilligkeit der beitragszahlenden Mitglieder durchhalten.

Die Abgeordneten zum Dortmunder Verbandstag werden sich aber mit der Tatsache befassen müssen, daß die Erwerbslosenunterstützung auf eine Grundlage gebracht werden muß, die ihre Fortführung ohne Vernachlässigung der anderen Aufgaben des Verbandes ermöglicht. Nach meiner Überzeugung wird der Verbandstag in Dortmund eine Kürzung der Bezugszeit der Erwerbslosenunterstützung und eine Staffellung dieser Unterstützung vornehmen müssen, so schmerzlich dies für die davon Betroffenen sein wird. Es wäre zu wünschen, wenn sich die Mitglieder bis zum Verbandstag über diese Fragen aussprechen. Dieser selbst muß eine Entscheidung treffen, die eine Sicherung für die zukünftigen Aufgaben des Verbandes gewährleistet.

Georg Mertin †

Am 1. Mai, als die Hohenlimburger Arbeiterschaft zur Maidemonstration antrat, erhielt sie die Kunde, daß Georg Mertin, Kassierer unserer Verwaltungsstelle Hohenlimburg, seinen Verletzungen im Krankenhaus erlegen ist. Am 24. April, dem Wahltag zum Preußenparlament, hatte er die Kontrolle der Wahllokale übernommen. Er verunglückte mit einem Motorrad und wurde in schwerem Zustand in das Krankenhaus eingeliefert. Ärztliche Kunst hat es nicht vermocht, ihn zu retten. Mertin hat nur ein Alter von 43 Jahren erreicht. Die Hohenlimburger Arbeiterschaft verliert in ihm einen guten Berater, der Deutsche Metallarbeiter-Verband einen pflichtbewußten Angestellten. Uns allen war er ein treuer Kamerad, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.

Wilhelm Lischke Jubilar

Sein 25jähriges Angestellten-Jubiläum konnte am 15. Mai unser Kollege Lischke feiern. Der Jubilar ist 1876 in Leipzig geboren und war von Beruf Feilenhauer. Als ganz junger Kollege wurde er Mitglied unseres Verbandes, denn zu damaliger Zeit spielten die Feilenhauer im Verbandsleben eine wichtige Rolle. Einmal kam ihrem Beruf eine große Bedeutung zu — die Handarbeit war noch vorherrschend —, und zum andern waren die Feilenhauer aufgeklärt und klassenbewußt. Auf dem historischen Boden der Arbeiterbewegung in Leipzig, übte der Jubilar seit fröhlicher Jugend wichtige Ehrenämter aus. Er saß im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, in der Ortsverwaltung unseres Verbandes, im Vorstand des Gewerkschaftskartells, der Krankenkasse usw. 1907 erfolgte seine Anstellung in Leipzig. 1913 wurde dem Lischke zur Kassenabteilung beim Hauptvorstand nach Stuttgart berufen. In dieser Wicht er heute noch als Abteilungsleiter. Wir wünschen dem Jubilar noch langes erfolgreiches Wirken zum Besten der Arbeiterbewegung!

Jubilärfest in Hörde

In Hörde hatten sich 1500 Kollegen mit ihren Frauen versammelt, um 12 alten Verbandsmitgliedern für ihre 25jährige Verbandszugehörigkeit zu danken. Die Feier war schlicht und würdig. Der Bezirksleiter Freitag, Hgra, hielt eine die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Gegenwart beleuchtende Ansprache, die in einem dringenden Mahnruf zum Kampfe wider den Faschismus anklang. Zu dem Dank Freitags für die Jubiläre fügte sich die Ehrenkomme. Für die Ehrung dankte im Namen der Jubilare Kollege Orl. Zur Verschönerung der Feier trugen die Gesangsvortrüge der vereinigten Volksschule erheblich bei. Nach der offiziellen Feier blieben die Teilnehmer noch einige Stunden beim Tanz beisammen.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag, dem 15. Mai, ist der 21. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. Mai 1932 fällig.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigelegt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben, müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stundung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § 5 Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr die erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Küstrin (Brandenbg.): Reisegeld wird beim Kassierer R. Bergemann, Schiffbaustraße 42, nur in der Zeit von 15 bis 16 Uhr ausbezahlt.

„Keine Organisation mehr, ein Misthaufen“

Während in den Versammlungen die Kommunisten nach ihrer bitteren Erfahrung bei den politischen Wahlen erneut nach der Einheitsfront rufen, setzt die kommunistische Presse die alte Hetze gegen die freien Gewerkschaften und ihre Führer munter fort. Besonders der schon ganz zernagte Knochen „Bonzengehälter“ wird nach wie vor wild geschwenkt. In einem Blatte der RGO läßt man, um das fette Leben der Gewerkschaftsangehörigen eindrucksvoll darzutun, unseren Vorsitzenden Georg Reichel als Reichstagsabgeordneten aufmarschieren, der zu seinem unerhört hohen Gehalt noch 700 Emmchen an Reichstagsdiäten einschleure. Dabei ist Kollege Reichel nie Reichstagsabgeordneter gewesen, und das Gehalt, das das kommunistische Blatt dem Kollegen Reichel zudichtet, ist längst ein Märchen. Das weiß das kommunistische Blatt natürlich ganz genau, dennoch wird der Schwindel gemacht.

Wir sind der Meinung, die Kommunisten sollten sich zunächst einmal um die Mißstände in ihrer eigenen Organisation kümmern. Zu deren Säuberung wäre der Zwölfstundentag mit Überstunden bestimmt nicht ausreichend. Zu dieser Ansicht bringen uns die ständigen Berichte über die Mißwirtschaft in kommunistischen Organisationen. Zum Beispiel der, den die Rheinische Zeitung neulich von der Generalversammlung des kommunistischen „Einheitsverbandes für das Baugewerbe“ in Essen brachte. Die Versammlung dauerte von 6 Uhr abends bis 1 Uhr nachts. Sie verlief etwa folgendermaßen:

Die Mitglieder verlangten einen Kassenbericht. Das wehrte die RGO-Leuchte Legis mit der Frage ab, seit wann es in einer revolutionären Organisation üblich sei, einen Kassenbericht zu geben; wer einen solchen verlange, sei nicht revolutionär, sondern reformistisch angekränkt. Obwohl es weder einen Kassen- noch einen Geschäftsbericht gab, wurde in eine Aussprache eingetreten. Der bisherige Kassier Fleckenstein bekundete, für den „Revolutionär“ Saefki sei ein französisches Auto gekauft worden, und die Ersatzteile hätten aus Paris bezogen werden müssen. Nach einem halben Jahr sei das schöne Auto kaputt gewesen und er, der Kassier, habe noch 250 Mark draufzahlen sollen. Fleckenstein feuerte sein Mitgliedsbuch in die Ecke mit den Worten: „Mit euch will ich nichts mehr zu tun haben!“

Ein alter Bauarbeiter sagte: „Ich bin 35 Jahre organisiert, war früher im Deutschen Baugewerksbund; einen solchen Sumpf wie im Einheitsverband habe ich noch nicht gesehen. — Ein arbeitsloser Schachtarbeiter erklärte: „Wenn der Baugewerksbund oder gar die Industrieverbände erfahren, was hier vorgeht, dann gibt es ein Schauspiel für Götter. Das hier sei keine Organisation mehr, das sei ein Misthaufen.“

Damit sei der Bericht, obwohl er auch im weitern Lehrreich ist, abgebrochen. Wir wollen annehmen, daß die Kommunisten in diesem Bericht die Mahnung sehen, nun endlich mit der Säuberung ihrer eigenen Organisation zu beginnen. Wenn das geschehen ist, mögen sie sich wieder hören lassen. Ob wir das wohl erleben werden?

Achtzehnter Männerkursus in Tinz

Die Heimvolkshochschule Tinz ladet zur Teilnahme an ihrem achtzehnten Männerkursus ein. Aufnahme finden Bewerber im Alter von 18 bis 30 Jahren, die keine höhere als Volksschulbildung genossen haben. Die Bewerber haben einen selbstgeschriebenen Lebenslauf einzureichen, aus dem neben den allgemeinen Daten über Alter, Staatszugehörigkeit, Berufsausbildung usw. der Bildungsgang und der Zweck, der mit dem Besuch der Schule angestrebt wird, hervorgeht. Ferner ist ein Aufsatz abzuliefern, über den von der Schulleitung nähere Mitteilung gemacht wird.

Das Schulgeld, in dem die Kosten für Wohnung und Verpflegung inbegriffen sind (Bettwäsche ist mitzubringen), beträgt für den ganzen Kurs für Thüringer 150 M., für die übrigen Reichsdeutschen 180 M., für Ausländer 200 M. Das Schulgeld ist bei Kursbeginn zu entrichten. Hierzu tritt die Verpflichtung, durch regelmäßigen Arbeitsdienst an der Erhaltung der Schule mitzuarbeiten. Für Arbeitslose ist Sonderregelung möglich. Auskunft und Prospekte durch die Schulleitung. Der Kurs beginnt am 15. Januar 1933 und dauert bis 15. Juni 1933. Die Bewerbungen sind spätestens bis 15. Juli 1932 einzureichen.

Die Leitung der Heimvolkshochschule Tinz in Ger.

Das Danzig-polnische Handgemenge

Von Franz Arczinski

Hier im nahen Osten sieht es aus, als ob es bald etwas Neues gäbe. Versailles hat nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Mauern, und das schier unübersteigbare, errichtet. Zum „Schutze der heimischen Wirtschaft“ plündern sich die beiden so sehr aufeinander angewiesenen Völker, die Deutschen und Polen, aus, ohne inne zu werden, daß die Drahtzieher dieser „nationalen“ Politik nur das eine Ziel haben, die zwei Völker gegenseitig zu verhetzen.

Das agrarische Polen wäre in der Lage, die Lebenshaltungskosten der deutschen Arbeiterschaft so zu senken, daß sie trotz der großen Lohnsenkung nicht zu hungern brauchte. Andererseits könnte die deutsche Industrie ihre Erzeugnisse massenweise in Polen, dem Lande mit 33 Millionen Menschen mit schwacher Industrie, vorteilhaft absetzen. Von einer deutsch-polnischen Wirtschaftsverständigung würde auch das vielgequälte Danzig Nutzen ziehen. Der jahrelang zwischen Polen und Danzig geführte Krieg würde enden, und die Arbeitslosen der alten Ostseestadt brauchten nicht mehr hungernd umherzulaufen.

Der deutsche Faschismus, dessen besondere Aufgabe es seit seinem Bestehen ist, in die deutsche Außenpolitik zu pfuschen, verlegte sein außenpolitisches Hauptquartier nach Danzig, wo er ungestört alle, aber auch alle Fäden danzig-polnischer Beziehungen durch seine Kriegsvorbereitungen für das „Dritte Reich“ und den Kampf gegen die „Polaken“ radikal zerschneidet.

Zu der unlängst aufgestockten deutsch-polnischen Zollmauer sind in letzter Zeit Danzig-polnische Schützengräben hinzugekommen. Danzig und Polen sind nach dem Versailler Vertrag ein gemeinsames Zollland, praktisch und zwangsläufig als ein Wirtschaftsgebiet, in dem es keine wirtschaftliche Grenze geben soll.

Aus dem gemeinsamen Zollaufkommen erhält Danzig einen bestimmten Anteil. Diese Einnahme, die normalerweise 20 Millionen Gulden jährlich einbringen soll, ist für den Danziger Staatshaushalt von großer Bedeutung. Danzig hatte bisher auch das vertragliche Anrecht auf Kontingentwaren, die dem Einfuhrverbot unterliegen und die zu seiner Produktion notwendigerweise aus Deutschland eingeführt werden mußten. Polen behauptet nun, daß auf dem Wege der Kontingenteinfuhr die gemeinsamen Zollvorschriften mit Duldung der Danziger Zollbehörde zum Schaden des polnischen Staates umgangen seien und verlangt von Danzig einen Schadenersatz von 45 Millionen Gulden, ein Betrag, den Danzig nicht aufbringen kann, wenn es nicht bankrott machen soll. Darüber hinaus fordert Polen die Beseitigung der Danziger Zollbehörde, die weder im Verträge von Versailles noch in der Pariser Konvention vorgesehen, aber im Warschauer Abkommen von 1921 geschrieben ist. Obwohl dieses Abkommen 1931 abgelassen und auch nicht verlängert worden ist, pocht Polen dennoch darauf.

Um nun die angeblich verletzte Zollvorschriften künftig zu schützen, hat Polen angeordnet, daß die Danziger Kaufleute bei ihrem Handel nach dem natürlichen Absatzmarkt in Polen für alle Artikel einen Ursprungsnachweis führen. Wo das nicht der Fall ist, wird die Ware an der so künstlich gezogenen Wirtschaftsgrenze angehalten. Darüber hinaus hat es noch eine Verordnung erlassen, daß die Ostsee, also auch in Danziger Hoheitsgewässern bewaffnete Zollboote eine verschärfte Kontrolle ausüben.

Diese Erschwernisse werden noch verstärkt durch die Propaganda der polnischen Gesinnungsgenossen des in Danzig befindlichen Hitlerlagers, die den Boykott Danziger Waren auf der ganzen Linie herbeiführen wollen. Daß unter solchen Umständen die polnische Presse mit Ausnahme der sozialistischen gegen die „Danziger Diebe“ in der übelsten Weise hetzt, sei nebenbei vermerkt.

Die Wirkung dieses offenen Kampfes ist in Danzig jetzt bereits in einer Weise spürbar, die für den Staat sehr gefährlich werden kann. Eine ungeheure Arbeitslosigkeit mit allen Auswirkungen ist da. Fast jeder zweite Danziger Arbeiter ist ohne Beschäftigung. Die Betriebe verlegen ihren Sitz nach Polen, wo sie, des Kampfes müde, vorteilhafter produzieren können. Die Staatskassen werden immer leerer, weil die Steuern und Zölle ausbleiben. Die letzteren sind seit 1929 um mehr als 50 vH zurückgegangen. Der Umschlag im Hafen zu Danzig geht in dem Maße zurück, als der im Hafen von Gdingen zunimmt. Unter der Wucht dieser Entwicklung erschallt im Lager der Danziger Unternehmer der Ruf nach polnischen Löhnen oder der polnischen Zloty-Währung — als Ausgleich für die durch den beiderseitigen Faschismus herbeigeführten wirtschaftlichen Zerstörungen und Vernichtungen.

In einzelnen Berufen ist bereits der Lohnstand von 1914 erreicht, also nicht mehr viel von der Lohnlage der polnischen Arbeiter entfernt. Ist diese Stufe erreicht, dann wird auch bald die polnische Kulturstufe erreicht sein. Es haben bisher nur selten Danziger Arbeiter in den benachbarten pommerellischen Gebieten Beschäftigung gesucht. Bei einer amtlichen Untersuchung im Jahre 1929 wurden polnische Arbeiter auf Danziger Gebiet in einer Anzahl von 21 000 festgestellt, dagegen nur 900 Danziger auf polnischem. Es war der große Lohnunterschied, der die polnische Wanderung nach Danzig lenkte und, umgekehrt, die Danziger Arbeiter von Polen fernhielt. Was bisher keine Macht fertiggebracht hat, vollzieht sich jetzt: Die polnische Wirtschaft, begünstigt durch die faschistische Politik, stopft der Danziger Wirtschaft den Lebenssaft ab, drückt dadurch den Lebens- und Kulturstand des Danziger Volkes herab und erobert somit langsam aber bestimmt das deutsche Danzig ohne einen Überfall und einen Schuß.

Die Freie Stadt kann dieser Entwicklung nichts entgegenzusetzen, als andauernd seinen Beschützer, den Völkerbund, um Schutz und Hilfe angehen. Dieser, in seinem Organisationsapparat auf langsamen Gang eingestellt, versucht durch ein umfangreiches Netz von Kommissionen und Kommissaren niederen und hohen Grades das Recht zu finden, das, nach langer Arbeit gesprochen, in der Praxis keine Hilfe bringt, weil es oft schon in seiner Geburtsstunde neues Unrecht erzeugt.

Was aber tut das sorgenbedrückte deutsche Vaterland für sein verlorenes Kind? Es überläßt der Freien Stadt die Sorge um die Kriegsoffer aller seiner Kriege, weil es so das Völkerrecht will, und es hat auch in Danzigs Wiege einige tausend Beamte gelegt, die sich bisher so wohl darin gefühlt haben, daß sie von ihrem Rücktrittsrecht keinen Gebrauch gemacht haben.

Danzig hingegen, obwohl es selbst zehntausende Arbeitslose hat, beschäftigt 7000 reichsdeutsche Arbeiter. Es will sie auch weiter behalten und behandeln, als wären sie ein Stück seiner selbst. Aber das Lebenlassen hört dann auf, wenn das eigene Volk verhungert.

zehn Wochen arbeitslos Schleswig-Holstein mit seiner „Winde“ Glückstadt war berüchtigt. Ich hatte Glück, kam davon mit 8 Tagen Haft, die durch die 14tägige Untersuchungshaft als verbüßt galten. Daß ich so glimpflich davon kam, das habe ich neben einem milden Richter nur dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zu danken. Es war damals schon die Keiseunterstützung eingeführt, je Kilometer 2 Pfennig. Dadurch konnte ich nachweisen, daß ich nicht ausschließlich aufs Betteln angewiesen war.

Mir läuft heute noch eine Gänsehaut über den Rücken, wenn ich daran denke, was aus mir geworden wäre, wenn ich nicht durch den Verband vor diesem Schicksal bewahrt geblieben wäre. Die meisten, die einmal mit dem Arbeitshaus Bekanntschaft gemacht hatten, bevölkern zeitweilig als sogenannte Kommandoschieber und Speckjäger die Landstraßen. Um denjenigen Kollegen, die nicht das „Glück“ hatten, die früheren „herrlichen Zeiten“ mitzerleben, die ihnen besonders jetzt in so verlockenden Farben geschildert werden, zu zeigen, wie diese Zeiten aussahen, sei kurz mein Aufenthalt im Altonaer Gefängnis geschildert:

Wir waren nur wenige Handwerksburschen; die meisten der 60 bis 70 Gefangenen, mit denen wir den Arbeitssaal und den Schlafsaal teilen mußten, waren Leute, die wegen anderer Delikte mit den Gesetzen in Konflikt geraten waren. Wir wurden mit dem Anfertigen von Strohhüllen für Weinflaschen beschäftigt. Das tägliche vorgeschriebene Pensum betrug 100 Stück. Die etwa darüber hinaus gemachten wurden gutgeschrieben, und die Betreffenden konnten sich entweder Brotaufstrich oder Kauf- und Schnupftabak dafür besorgen lassen. Einige, die wohl schon öfter mit dem Strafrichter in Berührung gestanden und sich dadurch eine gewisse Routine angeeignet hatten, lieferten bis zu 150 Stück täglich ab. Ich brachte es auf nicht mehr als 70 Stück. Dafür gab es immer Knüffe und gemeine Schimpfwörter des Aufsehers, der übrigens ein ganz gemeiner Kerl war. Speziell uns Handwerksburschen hatte er gefressen. Die anderen behandelte er behutsamer, augenscheinlich hatte er vor ihren Taten mehr Respekt. Uns titulierte er nur Stromer, Landstreicher usw. Der Kautabak war ein vielbegehrter Artikel. Wenn ihn der erste Besitzer ziemlich ausgelagert hatte, wurde er unter dem Namen „Reservist“ weiterverhandelt. Der Preis dafür war ein Stückchen Fleisch. Aber selbst nach dem zweiten Besitzer fand er unter dem Namen „Landwehrmann“ noch Abnehmer. Der Preis betrug ein Stück Brot, von dem es auch nur ein Stückchen jeden Tag gab. Am Vormittag jeden Tages mußten wir im Hofe antreten. Es wurden zwei Kübel aufgestellt, dann bekam jeder zwei Blättchen Papier, dann mußte auf Kommando jeder die frei aufgestellten Kübel benutzen.

Nachdem ich entlassen war, wanderte ich weiter. Obwohl ich mich, wie sich jeder denken kann, mit dem größten Eifer um Arbeit bemühte, gelang es mir erst Mitte Mai, also nach fünf Monaten, in Frankfurt a. M. Arbeit aufzutreiben. Es war höchste Zeit. Ich hatte schweren Kohldampf geschoben und war körperlich sehr heruntergekommen. Nach einigen Monaten ging es dann wieder weiter. Diesmal war mein Ziel die Schweiz...

Nun, liebe Kollegen, vergleicht die heutige Zeit mit der früheren. Ist die heutige Arbeitslosenunterstützung auch nach meiner Überzeugung das Minimum dessen, was ein Mensch zum Leben unbedingt braucht, so vergeblich nicht meinen Fall. Eine so entsetzliche Angst vor dem Arbeitshaus wie wir ein brauchen die heutigen Arbeitslosen doch nicht durchzumachen. Dabei denkt auch daran, daß sie uns nicht müheles in den Schoß gefallen ist. Es hat zu ihrer Erringung jahrzehntelanger Kämpfe bedurft. Gerade in der heutigen Zeit müssen wir das Errungene mit Klauen und Zähnen verteidigen. E. F.

Gespannte Finanzlage der russischen Gewerkschaften

Der „Trud“ (Nr. 98 vom 26. April 1932) veröffentlicht den Bericht der Revisionskommission des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften auf ihrem jüngsten Bundeskongreß. Seit dem letzten Kongreß sind 17 Revisionen vorgenommen worden, von denen die eine sogar vier Monate gedauert hat. Der dem Zentralrat der Sowjetgewerkschaften zur Verfügung stehende Fonds sei zur Zeit auf 108 442 000 Rubel angestiegen. Für die vorstädtischen Landwirtschaften und Gemüsegärten sind im Jahre 1931 42 Millionen Rubel verausgabt, für dieses Jahr sind 46 Millionen Rubel bewilligt worden. Für die Entsendung von Gewerkschaftsbrigaden zur Unterstützung der Saatkampagnen wurden 412 000 Rubel ausgegeben. Die Ausbildung von neuen Arbeitern hat den Gewerkschaften Kosten in Höhe von 20 Millionen Rubel verursacht.

Die Finanzen der Sowjetgewerkschaften sind angesichts dieser Ausgaben außerordentlich gespannt. Die Lage wird noch dadurch verschärft, daß die Mitgliedsbeiträge und sonstigen Mittel aus der Provinz sehr schlecht eingehen. Das Jahr 1931 schloß der Zentralrat daher mit einem Defizit in Höhe von 7 560 000 Rubel ab. Der Fehlbetrag der Einnahmen stellte sich 1931 auf 40 Millionen Rubel und allein im ersten Quartal 1932 auf 20 Millionen Rubel. Die tatsächlichen Einnahmen an Mitgliedsbeiträgen erreichten im ersten Quartal 1932 bei den Eisenbahnern nur 31 vH, bei den Arbeitern des Binnenwassertransports nur 53 vH, bei den Arbeitern der chemischen Industrie nur 55 vH des Voranschlages.

Auswanderung dem Nullpunkt nahe

Im Vergleich zu den hohen Auswandererziffern der Vorkriegs- und ersten Nachkriegsjahre hat sich die überseeische Auswanderung aus Deutschland im Jahre 1931 mit insgesamt 13 700 Auswanderern dem Nullpunkt genähert. Gegenüber dem Vorjahr ging die Auswanderung nach Übersee um 63,4 vH zurück, trotzdem bereits das Vorjahr eine außerordentlich niedrige Auswanderung zu verzeichnen hatte. Auf 100 000 Einwohner kommen gegenwärtig nur 21 Auswanderer.

Der starke Rückgang der Auswanderung nach Übersee dürfte weniger mit einem Nachlassen der Auswanderungslust als mit den wachsenden Erschwerungen der Einwanderung, die die Überseeländer zum Schutz ihres Arbeitsmarktes treffen, erklärt werden. So hatten im letzten Jahre volle oder zeitweilige Einwanderungsverbote Australien, Neuseeland, Chile, Guatemala, während eine Reihe anderer Länder Einwanderungsverbote für bestimmte Berufsgruppen hatten, so Kanada, Mexiko, Brasilien, Peru, Panama, Tunis. In anderen Ländern wurde die Einwanderung durch Bestimmungen über den Nachweis eines erheblichen Vermögensbesitzes oder durch sonstige verschärfte Einreisbestimmungen erschwert. Auch auf dem Gebiet der internationalen Wanderungen erlebten wir so im letzten Jahre den fortschreitenden Auflösungsprozeß der Weltwirtschaft.

Die Bedeutung der Ausfuhr

Immer neue Apostel treten auf, um für die Autarkie zu werben. Die Nationalsozialisten, sehen in der Absperrung Deutschlands den Kernpunkt ihres Wirtschaftsprogramms. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß von der Gesamtzahl der beschäftigten Erwerbstätigen in Deutschland, die sich im Jahre 1931 auf 29,5 Millionen belief, 3,6 Millionen oder 12 vH für die Ausfuhr tätig sind. Der Produktionsnettoertrag belief sich, wie wir der Zeitschrift „Europa-Wirtschaft“ entnehmen, auf etwa 30 Milliarden Mark. Davon entfallen auf die Landwirtschaft 10,5 Milliarden, auf die Industrie ohne Ausfuhrzeugung 12 Milliarden und auf die Ausfuhrzeugung 7,5 Milliarden. Die zur Ausfuhr gelangenden Waren machen etwa 25 vH der Güternettoproduktion aus. Diese Tatsachen werden von den Demagogen der Autarkie wohlweislich verschwiegen.

Erlebnisse auf der Walze

Von einem alten Borax-Kollegen

Die folgende Schilderung stammt von einem Gürtler. Nach Beendigung seiner Lehrzeit ging er auf die Walze. Nach kurzer „Kunst“ in Wurzen kommt er zu Fuß nach Berlin, wo er gleich Stellung findet. Das Weitere möge der Kollege selbst berichten:

In Berlin war kurz vor Weihnachten die Saison der Beleuchtungsbranche vorbei. Ich flog also wieder. Andere Arbeit aufzutreiben, gelang mir nicht; es war eine Krise im Anzuge. Ich hätte wieder den Wanderstab ergreifen müssen. Es war jedoch im Winter 1892/93 bitterböe kalt. Da graute mir denn doch vor der Landstraße. So beschloß ich, bessere Witterung abzuwarten. Nachdem meine paar Groschen aufgezehrt waren, kam ich von selbst in die Zunft der Klinkenputzer. Solange die grimmige Kälte herrschte, ging dieses Geschäft so übel nicht; man wurde selten vor einer Türe abgewiesen. Kohldampf brauchten wir nicht zu schieben; auch konnte ich von dem Ertragnis meiner Klinkenfahrt noch die Beiträge an den Verband nach Stuttgart einsenden; die Zeitung bekam ich postlagernd zugesandt.

Die Stadt Berlin hatte damals unter den Stadtbahnbogen am Alexanderplatz einige der hohlen Räume als Wärmehalle eingerichtet, wo das Rote Kreuz eine Suppen- und Kaffeeküche unterhielt. Darin trafen wir uns nach der Klinkenfahrt. Zu unserer engeren Kreise gesellte sich ein wegen dummer Streiche seinen Eltern aus München fortgelaufener Student, den wir ganz durchfütterten. Er wurde später mit Unterstützung des bayerischen Konsulats in Berlin heim befördert. Ob er dann vielleicht als Amtsrichter irgendwo die armen Kunden aus Dankbarkeit noch härter verknackst? Für die Nacht suchte sich jeder einen Unterschlupf so gut es ging. Wer noch ein paar Pfennige Schlummerkies hatte, suchte eine der zahlreichen Pennen auf. Andere verbrachten die Nacht auf den mit Heu beladenen Spreekähnen. Viele liefen die Nacht durch straßauf, straßab, bis sie todmüde in irgendeinem offenen Hausgang in Schlaf fielen. Es gab auch ein privates kostenloses Nachtsyl, das sogenannte Busching, da schlief man auf Drahtgeflechten. Es war aber wegen seines Ungezieters nicht sehr beliebt. Die meisten, darunter auch ich mit meinen näheren Bekannten, zogen hinaus in die „Palme“. Das ist das Berliner Nachtsyl. Allerdings, wer irgendwie mit der Polizei auf gespanntem Fuße lebte, tat besser, von dort wegzubleiben. Von uns hatte keiner was von der Polizei zu befürchten, und unsere Jugend ließ uns die wenig beneidenswerte Lage, in der wir uns befanden, gar nicht so richtig empfinden. Wir waren mitunter quetsch-

vergnügt und schmetterten auf dem Wege dorthin oft das alte Berliner Kundenlied:

Was kanns Schöneres geben
als das Kundenleben
In der schönen großen Stadt Berlin?
Kann man Untern Linden
kein Quartier mehr finden,
Ziehn wir abends nach der Palme hin.
Schmeißen sie auch da uns raus,
machen wir uns gar nichts draus,
Ziehn wir dann zu Mutter Grün!

Schon am Nachmittag sammelten sich die Obdachlosen vor dem Gebäude an und warteten stundenlang, bis sich die Tore öffneten. Polizisten zu Pferde sorgten für Ordnung. Durch die Masse der Einlaßbegehrenden war es nicht möglich, jeden einzelnen zu registrieren. Einige Kriminalbeamte stellten sich zu beiden Seiten auf und zogen ab und zu einen aus der Masse heraus, sozusagen als Stichprobe. Während die anderen am anderen Morgen sofort entlassen wurden, mußten die Herausgehischten nach einer hochrotpünlichen Untersuchung ein Schriftstück unterzeichnen, in dem sie sich verpflichteten, nur fünf Tage das Asyl zu besuchen, widrigenfalls sie wegen Arbeitsscheu bestraft würden.

Als im Februar die strenge Kälte etwas nachließ, entschloß ich mich, Berlin wieder den Rücken zu kehren. Mein Entschluß wurde mir um so leichter, als mit Zunahme der wärmeren Witterung die Herzen der Berliner Hausfrauen fröher wurden. Von meinen Spezies nahm ich Abschied, mitkommen wollte keiner.

Mein Reiseziel war diesmal Hamburg. Kurz hinter Lübeck ging ich das erste Mal verschütt. Da ich noch nicht vorbestraft war, kam ich mit drei Tagen davon. Eine Woche später griff mich in Altona ein Schutzmann, während ich um ein bißchen Mittagessen bat, vor seiner Türe weg. Das war ein richtiger Stückstiefel; denn im allgemeinen nimmt selbster Schutzmännchen oder Gendarm einen Handwerksburschen, der vor seine Türe kommt, mit. In solchen Fällen ging man meist nicht leer fort; man erhielt gewöhnlich den Rat: „Sieh zu, daß du aus meinem Revier verschwindest!“

Als ich im „Grünen August“ vom Polizeipräsidenten nach dem Untersuchungsgefängnis fuhr, befand sich auch ein blutjunges Burschen, ein Schornsteinfeger dabei, den sie auch beim Betteln gefaßt hatten. Er hatte die erste Bettelstrafe. Er wurde vor mir abgeurteilt. Als er mir mit Tränen in den Augen erzählte, daß sie ihn zu sechs Monaten Arbeitshaus verurteilt hätten, da ging mir auch der... mit Grundeis, denn ich hatte die zweite Bettelstrafe und war auch schon

